

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 1,50 Mark monatlich...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonabend, den 5. Mai 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Der englische Ansturm abermals erfolglos.

Englischer Durchbruchversuch zwischen
Achéville und Dubant gescheitert — Der
Kampf dauert fort — Artillerieschlacht
nördlich Soissons-Reims — Vergebliche
französische Angriffe bei Bray und
Craonne — Russenangriffe im Südtal.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 4. Mai
1917. (B. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
An der Arras-Front ist zwischen Achéville und Dubant auf
30 Kilometer Breite ein neuer englischer Durchbruchversuch von
16 bis 17 Divisionen nach härtester artilleristischer Kraftentfaltung
gescheitert.

Von Tagesgrauen bis spät in die Nacht brachen die wieder-
holt geführten Angriffe der Engländer vor unseren Linien und in
unseren Gegenstößen zusammen. Nur in Fresnoy ist der Feind
eingedrungen. Bei Bullecourt sind ihm kleine Teile unserer
vordersten Grabens verblieben. Der Kampf geht heute früh
weiter.

Die Haltung unserer Truppen war wieder unübertreffbar.
Nur schwerer blutiger Verluste blühte der Feind über
1000 Gefangene ein.

Die Bereitstellung starker englischer Kavallerie südlich von
Arras zeigt, welche Hoffnungen die Engländer auf diesen Angriff
gesetzt hatten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.
Nördlich der Linie Soissons-Reims ist die Artillerieschlacht
in vollem Gange. In besonderer Heftigkeit steigerte sie sich
zwischen der Aisne und dem Brimont; durch unsere Batterien
wurden die hier angefüllten feindlichen Gräben unter Ber-
nichtungsgewehr genommen. Laon wurde erneut durch die Fran-
zosen beschossen.

Bei und westlich Bray sowie am Winterberg (westlich von
Craonne) brachen mehrere französische Angriffe im Feuer unserer
Infanterie und Artillerie verlustreich zusammen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.
Keine besonderen Ereignisse.

Bei günstiger Witterung herrschte auf dem westlichen Kriegs-
schauplatz rege Fliegertätigkeit. Batteriestellungen, Bahnanlagen,
Lager und Munitionsdépôts bei Arras und südlich der Aisne
wurden durch unsere Flieger erfolgreich mit Bomben belegt. Der
Feind verlor 10 Flugzeuge.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In den Karpathen griffen drei russische Bataillone ohne jeden
Erfolg unsere Stellung nördlich des Susita-Tals an.

Mazedonische Front.

Zwischen Prespa-See und der Gerna, beiderseits des Borbar
und an der Struma lebte die Artillerietätigkeit zeitweise auf.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, am 4. Mai abends.
An der Arrasfront sind beiderseits Bulle-
court englische, an der Aisnefront zwischen
Barré-au-Sac und Brimont starke französische
Angriffe abge schlagen.

Im Osten keine besonderen Ereignisse.

Der österreichische Bericht.

Wien, 4. Mai 1917. (B. Z. S.) Amtlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generaloberst Erzherzog Josef.
Gestern abend brach der Angriff eines russischen Regiments
vor unseren Stellungen nördlich des Susita-Tals zusammen.
An der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der ganzen Front die üblichen Artillerie- und Minen-
werferkämpfe.
Bei Görz versuchte der Feind einen Gasangriff. Dank
der Wachsamkeit unserer Truppen und der Güte unserer Schutz-
mittel mißlang der Angriff, der uns keine Verluste brachte.
Unsere Avancen fliegen schiefen im Luftkampf drei
feindliche Apparate über der Karsthohefläche und einen bei
Görz ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
v. Doerfer, Feldmarschallleutnant.

Ereignisse zur See.

Am Abend des 3. Mai belegten unsere Seeflugzeuge das
Tunypwert von Cadixors im Gebiet der Biscaya mit
Bomben und schrien ohne Verluste zurück. Am selben Abend
wiederholten andere Seeflugzeug-Geschwader die Angriffe auf
militärische Anlagen von Villa Vicentina und von
Balona mit beachtlichem Erfolg. In Balona entstand hier-
durch ein riesiger Brand, der von heftigen Explosionen begleitet
und auf mehr als 50 Seemeilen zu sehen war! Trotz heftigen
Abwehrfeuers sind alle Flugzeuge unverseht zurückgekehrt.
Bombenwürfe feindlicher Flieger im Raume von Triest
verursachten nur unbedeutenden Schaden.

Flottenkommando.

Nach Stockholm!

Allgemeine Konferenz erst am 10. Juni.

Ebenska Telegrammbyrån versendet folgende bedeutsame
Meldung vom 4. Mai:

Der holländischen Delegation der sozialistischen
Internationalen, die die Initiative zur Stockholmer Konferenz er-
griffen hatte, hat sich die schwedische Delegation angeschlossen.
In vollem Einverständnis mit dieser wurde beschlossen, die anderen
skandinavischen sozialistischen Parteien von Norwegen und Däne-
mark gleichermäßen einzuladen, je einen Vertreter abzuordnen, um
sich an den dauernden Arbeiten zu beteiligen.

Als Antwort auf das Telegramm eines französischen
Delegierten wurde beschlossen, daß besondere Konferenzen der
Ausschüsse mit den verschiedenen Delegationen der übrigen Par-
teien vom 15. Mai ab stattfinden sollen. Diese Delegationen sollen
aber volle Freiheit hinsichtlich der Teilnahme an der allgemeinen
Konferenz haben, die nicht vor dem 10. Juni stattfinden wird,
um den der Internationale angeschlossenen Parteien die Möglichkeit
zu geben, die durch die letzten Ereignisse geschaffene Lage zu prüfen.

Mit anderen Worten, dem Wunsch der französischen Min-
derheit, die allgemeine Konferenz erst am 10. Juni abzuhalten,
ist willfahrt worden. Inzwischen, am 27. Mai, tritt der sozia-
listische Nationalrat in Paris zusammen, der die Möglichkeit
hat, den Ablehnungsbeschluss des Parteivorstandes zu korri-
gieren.

Im „Journal du Peuple“ veröffentlicht Delphine von
der Minderheit einen durch Zensururkunden stark verstümmelten
Artikel, in dem er ausdrückt, daß die Minderheit durch die auf
sie gefallene Verantwortung tief erregt sei. Selbst ange-
nommen, wie die Mehrheit sage, Stockholm sei ein deutsches
Mandev (1), so dürften, wo sich die Proletarier vereinigen,
die Franzosen nicht fehlen. Sollten die deutschen Sozialdemo-

krate einen schlimmen Streich vorhaben, so müßten die Fran-
zosen ihn entlarven und unschädlich machen.

Im „Droit du Peuple“ spricht Mistral seine Ueber-
zeugung aus, daß die Franzosen in Stockholm, wo Belgier,
Russen, Italiener vertreten sein würden, nicht fehlen dürften.
Mistral schreibt:

„Wer möchte bestreiten, daß es eine gebieterische Notwendig-
keit ist, Delegierte nach Stockholm zu senden? Will der Vorstand
die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen, so berufe er einen Kon-
gress — aber es ist die allerhöchste Zeit!“

Vandervelde sträubt sich.

London, 3. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Van-
dervelde, der Präsident des Internationalen sozialistischen Bureaus,
stellt unbedingt die Meldung in Abrede, daß er im Begriff sei,
mit seinem Sekretär Hubmans an der am 10. Mai in Stockholm
stattfindenden sozialistischen Konferenz teilzunehmen.
Die Stockholmer Konferenz sei auf ihren eigenen Entschluß
von den holländischen Delegierten einberufen worden, die für
die Dauer des Krieges zeitweilig dem Ausführenden Ausschuss der
Internationalen zugeweiht worden seien. Weder der Präsident des
Internationalen Sozialistischen Bureaus noch die beiden anderen
ständigen Mitglieder des Ausführenden Ausschusses, Ansele und
Bertrand seien gefragt worden. Vandervelde wird in Erfüllung des
Mandats der belgischen Arbeiterpartei an der Stock-
holmer Konferenz nicht teilnehmen.

Die Bulgaren unterwegs.

Sofia, 3. Mai. (Meldung der Bulgarijischen Telegraphen-Agen-
tur.) Die bulgarischen sozialistischen Delegierten Saffon, Djidrov,
Salarow und Janulow, die an den Beratungen der Sozialisten-
konferenz in Stockholm teilnehmen, sind heute mit dem Balkanzug
abgereist. Sie werden auf der Reise in den verbündeten Haupt-
städten Aufenthalt nehmen, um sich mit den österreichisch-ungarischen
und den deutschen Genossen zu besprechen. Zwei weitere Delegierte,
Zankow und Pajuschow, reisen am Sonntag ab.

Das Arbeitskammergesetz.

Von Robert Schmidt.

Das Arbeitskammergesetz gehört in der Reihe der For-
derungen, die bei einer Neugestaltung der politischen Ver-
hältnisse wichtig sind. Wir haben es hier mit einem alten
oft wiederholten Verlangen der sozialdemokratischen Partei
zu tun, die zuerst im Jahre 1877 im Reichstag durch einen
Königlichen Abgeordneten die Einbringung eines Arbeitskammer-
gesetzes in Verbindung mit einem Arbeitsamt forderte. Bessere
Gestalt nahm die Forderung in einem ausgearbeiteten Ge-
setzentwurf der sozialdemokratischen Fraktion in der Session
1885/86 an, in dem die Organisation eines Reichsarbeitsamts
mit der Angliederung von Arbeitsämtern in den einzelnen
Bezirken und Arbeitskammern in Vorschlag gebracht wurde.
Die Tätigkeit des Arbeitsamts sollte verknüpft werden mit
dem Arbeitsnachweis. Die Arbeitskammern sollten insbe-
sondere auch Minimallöhne festsetzen und Schiedsgerichte
bilden, die bei Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Ar-
beitern als Einigungsamt wirkten. Als Aufgaben sollten
ferner den Arbeitskammern überwiesen werden die Unter-
suchung über die Wirkung von Handels- und Schiffsab-
sätzen, Zöllen, Steuern, Aufstellung von Angaben über
Lohnhöhe, Lebensmittel- und Mietpreise, Gesundheits-
und Sterblichkeitsverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung. Die
Arbeitskammern sollten ferner Bericht über die Verhältnisse
im gewerblichen Leben zur Kenntnis der Behörden bringen
und Gutachten über Maßregeln und Gesetzentwürfe abgeben,
die das wirtschaftliche Leben ihres Bezirks berühren. Die
Anregungen zu einer solchen Organisation und die Debatten
im Reichstag über die Frage sind nicht ohne Nutzen geblieben.
Auch in bürgerlichen Kreisen hat man der Frage der Arbeits-
kammern in der Folgezeit eine erhöhte Bedeutung beigelegt.

Die ersten Anregungen liegen mithin weit zurück. In-
zwischen haben andere große Berufsstände ihre Vertretung
erhalten, so der Handel und das Handwerk in der Handels-
und Gewerbekammer, die Landwirtschaft in den Landwirt-
schaftskammern. Die Arbeiterkammer und die Angehörten sind
bei allen diesen Einrichtungen leer ausgegangen. Die sozial-
demokratische Partei hat deshalb auch Bedenken getragen, die
paritätische Zusammenziehung in der Arbeitskammer weiter
aufrechtzuerhalten, da ja das Unternehmertum im Handel
und Gewerbe und in der Landwirtschaft in den bereits ge-
nannten Korporationen seine Interessenvertretung hat. Es
wird nur recht und billig sein, wenn auch die Arbeiterkammer
unbeeinträchtigt durch die Mitwirkung des Unternehmers, ihre
sozialpolitischen Interessen in einer reinen Arbeiterkammer
geltend machen kann. Die paritätische Zusammenziehung birgt
immer die Gefahr, daß mit einer schwachen Majorität nach
dieser oder jener Seite die Entscheidung fällt und damit ein
wirklicher Meinungsaustruck der Arbeiter oder Angestellten-
forderungen gar nicht zur Geltung kommt.

Aus dem Grunde hat auch der Gesetzentwurf, der
1908 von der Regierung dem Reichstag unterbreitet wurde
und bei seiner Wiederholung im Jahre 1910 in der zweiten
Lesung im Reichstag stecken blieb, keine große Begeisterung
ausgelöst. Und wenn heute die Bemühungen im Gange sind,
diesen alten Gesetzentwurf unbeschadet einzubringen und zu
verabschieden, so werden wohl von der sozialdemokratischen
Fraktion hiergegen Bedenken nicht unterdrückt werden können.

Der Gesetzentwurf bot in der Art, wie er die Organi-
sation der Arbeitskammern durchführte, gerade kein
günstiges Feld für die Organisationsbetätigung. Ein Grund-
fehler des damaligen Entwurfs war es, die Organisation nach
beruflicher Gliederung zu gestalten. Damit wäre eine Zer-
splitterung der Organisation herbeigeführt und ihre Lebens-
fähigkeit sehr in Frage gestellt. Um so mehr muß diese Zer-
splitterung nach Berufsgruppen als unzuverlässig bezeichnet
werden, da ja die Handels- und Gewerbekammern, in denen
die Unternehmer ihre Vertretung erlangen haben, diese Zer-
splitterung nicht kennen, es sei denn, daß in der Kammer
selbst für die einzelnen Berufe besondere Abteilungen gebildet
werden: eine Organisationseinrichtung, die in der gleichen
Weise auch der Arbeitskammer eingefügt werden kann.

Es wird darauf nicht verzichtet werden können, noch ein-
mal nachzuprüfen, ob nicht die Funktionen der Arbeits-
kammer erweitert werden müssen. Es wäre bei der prakti-
schen Handhabung der Arbeiterkammer eine Mitwirkung
sicherzustellen und eine enge Verbindung mit der Fabrik-
inspektion sehr von Nutzen. Die Verabredung der Arbeits-
kammer zu einer rein gutachtlichen Tätigkeit entspricht nicht
mehr den heutigen Verhältnissen und das ganz nebenbei ein-
gefügte Einigungsamt entbehrt der eigentlichen Grundlage.

Bei der Erörterung der Frage wird man auch den Streit-
punkt nicht ausschalten können, ob nicht für alle Berufe der
Angestellten eine Vertretung in der Arbeitskammer aufzu-
nehmen ist. Das kann geschehen in der Art, wie es der alte
Entwurf für die Werkmeister, Techniker, Betriebsbeamte vor-
schlug, die ihre Vertretung besonders bestimmen sollten und ihre

eigenen Angelegenheiten in einer besonderen Abteilung erledigen konnten. Die Ausschließung der Handlungsgehilfen aus der Organisation mit der Vertretung, für sie würde eine besondere Standesorganisation geschaffen, würde nur das Durcheinander der ganzen Organisation vermindern, dem Standesdünkel Konzeptionen machen, ohne daß sozialpolitisch ein Gewinn erzielt würde.

Das Gesetz ist im Jahre 1910 im Reichstag an zwei Streitfragen gescheitert, die der Regierung den Vorwand gaben, die Vorlage verdrängen zu lassen. Es handelte sich zunächst um den Ausschluß der Eisenbahnwerkstättenarbeiter aus der Vertretung. Der Reichstag hatte den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen, während die Regierung in der engeren Auffassung beharrte, daß die Arbeiter in den Staatsbetrieben keiner Vertretung in den Arbeitskammern bedürfen. Die zweite Streitfrage, die zu sehr langen Auseinandersetzungen im Reichstag Anlaß bot, war die Möglichkeit der Wahl von Angestellten der Arbeiterorganisationen. Man hatte sich im Reichstag schließlich dahin geeinigt, diesen Verlangen stattzugeben, mit der Voreinsetzung, daß höchstens bis zu einem Viertel der Mitglieder der Arbeitskammer Angestellte der Organisation sein dürfen. Diese Frage hatte vom Standpunkt der Arbeiter eine ganz besondere Bedeutung, da das Gesetz den Unternehmern die Möglichkeit bot, ihre Angestellten als Vertreter in die Arbeitskammer zu entsenden. Man mußte befürchten, daß bei der starken Abhängigkeit der Arbeiter, besonders in den Bezirken der Großindustrie, es nicht möglich sein würde, frei und unabhängig zu verhandeln. Dazu kam, daß den von den Unternehmern gewählten Vertretern gegenüber die Arbeiter nicht immer die gleiche Geschlossenheit in der Vertretung ihrer Interessen entwickeln konnten, und somit die Position der Arbeiter sich nicht gerade günstig gestaltet hätte. Vielleicht dürfen wir jetzt annehmen, daß die Regierung ihren Widerstand aufgegeben hat und die damals geltend gemachten Wünsche des Reichstags akzeptiert.

Der Gesetzesentwurf vom Jahre 1910 ist in der Zwischenzeit zum Teil überholt, und wenn es sich nicht auch um Einrichtungen handelt, die der Arbeiterschaft zum Schaden gereichen, so ist doch der Nutzen, den das Gesetz bot, sehr gering. Wenn wir sehen, mit welcher Entschiedenheit heute die Landwirtschafts- und Handelskammern in allen das Unternehmertum interessierenden Fragen Stellung nehmen, wie in diesen Korporationen Arbeiter und Angestellte überhaupt nicht zur Geltung kommen, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ein Bedürfnis besteht, auch eine Vertretung der Arbeiter und Angestellten zu haben, die ihre nicht selten widersprechenden Auffassungen zu Gehör bringen kann. Das muß aber geschehen in einer Organisation, die mit ähnlichen Rechten und Befugnissen ausgestattet ist wie die Vertretungen von Gewerbe, Handel und Landwirtschaft.

### Die englische Reichskriegskonferenz.

Das Kolonialamt teilt mit: Die Reichskriegskonferenz, an der die leitenden Staatsmänner der großen Dominionen über See teilnehmen, nähert sich dem Ende ihrer Arbeiten. Während einige der angenommenen Entschlüsse nicht vor dem Ende des Krieges veröffentlicht werden können, können folgende Tatsachen jetzt bekanntgegeben werden.

Es ist beachtenswert, daß alle Entschlüsse einstimmig gefaßt wurden. Die Konferenz nahm Entschlüsse zugunsten einer Vereinheitlichung der Waffen und Munitionsgeschosse aller Teile des Reiches an, die der schweren Artillerie und dem Personal der verschiedenen militärischen Organisationen des Reiches eine ähnliche Ausbildung sichern soll. Die Konferenz erzielte die Absicht, unmittelbar nach dem Abschluß des Krieges einen wirksamen Plan zur Verteidigung des Reiches zur See anzuhaken und den auf der Konferenz vertretenen Regierungen zur Beratung zu unterbreiten.

Die Konferenz empfahl die Einberufung einer besonderen Reichskonferenz nach dem Kriege, um eine Umgestaltung der verfassungsmäßigen Beziehungen der Bestandteile des Reiches zu erwägen, die eine ständige Beratung und einheitliches Handeln in allen wichtigen Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse schaffen würde. Die Konferenz verlangt dringend, die Bürgerrechtsverleihung im ganzen Reich gleichmäßig zu behandeln. Sie erklärt es für wünschenswert, in London eine Reichsstelle für Erzeugnisse in den Bestandteilen des Reiches einzurichten und Maßregeln zu ergreifen, sie nutzbar zu machen, um die Metallbedürfnisse des Reiches zu befriedigen.

Die Konferenz betonte im Hinblick auf die im gegenwärtigen Kriege gewonnenen Erfahrungen die Bedeutung einheitlichen Handelns: Erstens zur Entwicklung einer angemessenen Fähigkeit, Material für Flotte und Heer, Munition sowie Nahrungsmittel in allen wichtigen Teilen des Reiches zu erzeugen. Zweitens zur Verfügung über die natürlichen Hilfsmittel im Reich, insbesondere diejenigen, die für die nötigen nationalen Zwecke im Frieden und Krieg wichtig sind, drittens zur Verarbeitung dieser natürlichen Hilfsmittel innerhalb des Reiches.

Die Konferenz nahm außerdem folgende Entschlüsse an, deren Hauptpunkte vor kurzen in der Guildhall-Rede Lloyd Georges angekündigt worden sind:

Die Zeit ist gekommen, da der Entwicklung der Hilfsmittel des Reiches jede mögliche Unterstützung gewährt werden sollte, besonders, um das Reich bezüglich Nahrungsmitteln, Rohstoffen und wichtiger Industrien unabhängig von anderen Ländern zu machen. Angesichts dieser Ziele hat sich die Konferenz für den Grundgedanken ausgesprochen, daß jeder Teil des Reiches, bei schuldiger Rücksicht auf die Interessen der Alliierten, den Erzeugnissen und Fabrikaten anderer Teile des Reiches eine besonders günstige Behandlung und Erleichterungen zuteil werden lassen soll, durch die diejenigen, die aus dem Vereinigten Königreich auszuwandern beabsichtigen, veranlaßt werden könnten, sich in Ländern unter britischer Flagge anzusiedeln.

Die Konferenz legt ein ausdrückliches Bekenntnis zum Schutz ab und will die bisherige Handels- und Erwerbsfreiheit im militärischen Interesse einschränken. Das schwere Problem des Bürgerrechts für das ganze Reich ist nicht gelöst worden. Die Konferenz verlangt nur seine dringende Behandlung. Die Bedeutung dieser Frage liegt vor allem darin, daß die Indier, die wie alle Völker bedürftigste, billige Arbeiter sind, in den Dominionen (Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika) aus Furcht vor einer Bedrohung des Lebensstandards nicht einmal als Einwanderer, geschweige denn als Bürger zugelassen werden. Hier liegt eine Kardinalfrage des Großen Britanniens vor, von deren Lösung das Verhältnis zu Indien wesentlich mit bestimmt ist.

### Die Budapester Arbeiter an den Grafen Tisza

In Budapest kam es, wie wir mitteilen, am 2. Mai zu einer Kundgebung, in der die Antwort der Arbeiter auf die Erklärungen Tiszas zu dem kaiserlichen Handschreiben wirkungsvoll Ausdruck fand. Durchwegs alle Betriebe der Stadt wurden um 11 Uhr vormittags auf eine Stunde von den Arbeitern stillgelegt und während dieser Zeit begaben

sich Abordnungen der Arbeiter zu den militärischen oder privaten Leitern der Unternehmungen, um ihnen ein Schreiben folgenden Inhalts zu überreichen:

Verzeihliche Betriebsleitung! Die Arbeiter dieses Betriebes glauben mit innerer Beugung und der Wahrheit entsprechend feststellen zu können, daß sie die Pflichten, die ihnen der Krieg auferlegt, vom ersten Augenblick an bis auf den heutigen Tag eifrig und gewissenhaft erfüllen. Eingedenk der großen Bedeutung und des hohen Wertes ihrer Arbeit wählten sie, daß sie, wenn auch nicht mit der Waffe, so doch mit dem Werkzeug in der Hand sozusagen auch im Schützengraben stehen, trügten sie, daß sie mit jedem Hammer Schlag die Waffen zur Landesverteidigung schmiedeten; daß sie auf Tod und Leben das Vaterland verteidigen.

Dieses Bewußtsein verleiht ihr Pflichtgefühl und ihre Opferwilligkeit, dieses Bewußtsein machte ihnen die Leiden, Entbehrungen, die das Ansehn des Krieges ihnen — und in allererster Linie nur ihnen — auferlegte, erträglich. Dieses Bewußtsein — und nur dieses — machte sie und die Arbeiter aller anderen Betriebe fähig, die Schmach der politischen Rechtlosigkeit zu ertragen. Dieses Bewußtsein — einzig nur dieses — war es, das sie auf dem allerwichtigsten Posten der Armee des Hinterlandes unerschütterlich auszuhalten ließ. Und neben diesem Bewußtsein befehle sie die sichere Hoffnung und Erwartung, daß dieser Krieg nicht enden könne, ohne daß sie die elementarsten, jedoch allerwichtigsten Staatsbürgerrechte vom Vaterland, das sie mit ihrem Leben und mit ihrer Arbeit stellen und erhalten helfen, erhalten werden.

Diese Hoffnung wurde jetzt zerstört. Mit unermesslicher Bitterkeit müssen wir feststellen, daß in den rückwärtigen Tagen der russischen Revolution, während die unterdrücktesten Völker der Erde mit einem Schloge vollberechtigte und gleichberechtigte Bürger des russischen Staates wurden; während in Preußen das allgemeine, geheime Wahlrecht durch kaiserliches Handschreiben förmlich beseitigt wurde, und während beinahe allen Nationen Europas, in sämtlichen skandinavischen Staaten, in England, in Holland, das ohnehin weitgehende Wahlrecht neuerlich erweitert wurde; in Ungarn durch kaiserliches Handschreiben die Erweiterung des Wahlrechts wohl verkündet wurde, doch in Begleitung einer solchen Regierungserklärung, die die an der Front blutenden und zu Hause arbeitenden, allerwichtigsten Faktoren, jene Gesellschaftsklassen, der wir angehören, die Arbeiter, weiter in der politisch schmachlichsten Lage beläßt und wie zum blutig heraufzuerstrebenden Hohn einer Handvoll Renten auf Grund ihrer Tapferkeitsmedaillen und Kleinrenten auf Grund des Vermögensverlustes ein Wahlrecht verspricht.

Es ist unser fester Entschluß, die Regierung, im Falle sie nicht einsehen sollte, daß uns das Vaterland auch als Staatsbürger notwendig hat, im geeigneten Augenblick in bestimmtester Art hierzu zu zwingen.

Nach ist es nicht zu spät! Das kaiserliche Handschreiben weist die Regierung an, ein Wahlrecht zu schaffen, das den großen Zeiten und den vom Volke gebrachten Opfern entspricht. Ein solches Wahlrecht fordern auch wir, und zwar unverzüglich.

Zur Befestigung unseres Willens, des Ernstes unserer Warnung und unserer inneren Entschlossenheit lassen wir in diesem Augenblick die Arbeit auf eine Stunde ruhen, legen den Hammer nieder, stellen die Näder ab; in feierlicher Stille überreichen wir dieses Schreiben. Während wir auf Antwort warten, fliehe die Arbeit wieder fort. Sollten wir einer Antwort nicht würdig befunden werden, dann nehmen wir den Kampf auf!

Sämtliche Arbeiter des Betriebes.

### Gedämpfter Trommelschlag.

Mit einer auffallenden Verspätung läßt Mikulow die bekannte Erklärung der russischen Regierung vom 27. April durch die russischen Gesandten den Regierungen der verbündeten Mächte überreichen und durch eine besondere Note kommentieren, in der es heißt:

Unsere Feinde haben sich in letzter Zeit bemüht, Zwietracht zwischen den Verbündeten zu säen, indem sie unsinnige Nachrichten über die vorgebliche Absicht Russlands verbreiteten, einen Sonderfrieden mit den Mittelmächten abzuschließen. Der Wortlaut des beigefügten Schriftstücks wird derartige Erfindungen am besten widerlegen.

Dann wird ein warmes Bekenntnis zu den von der Entente in den Vordergrund gerückten Freiheitsidealen abgelegt, denen auch Präsident Wilson „richtvollen Ausdruck“ verliehen habe, zu denen sich aber die alte autokratische Regierung Russlands nicht habe bekennen können. Eine andere Sprache könne das besetzte Russland führen:

„Tatsachen von dem neuen Charakter einer befreiten Demokratie, können die Erklärungen der Provisorischen Regierung natürlich nicht den geringsten Vorwand zur Schlussfolgerung geben, daß der Zusammenstoß des alten Gebäudes eine Verankerung der Anteilnahme Russlands an dem gemeinsamen Kampf aller Alliierten nach sich gezogen habe. Ganz im Gegenteil ist der Volkswille, den Weltkrieg bis zum entscheidenden Siege weiterzuführen, infolge dieses Gefühles der Verantwortung, die heute allen und jedem einzelnen obliegt, noch verstärkt worden. Dieses Bestreben tritt noch dadurch kräftiger hervor, daß es auf die dringende Aufgabe gerichtet ist, die jedermann so am Herzen liegt, nämlich, den Feind, der das Gebiet unseres Vaterlandes besetzt hat, zurückzudrängen. Im übrigen ist es selbstverständlich, das bestmögliche Schriftstück sagt es ausdrücklich, daß die Provisorische Regierung, indem sie die erworbenen Rechte ihres Vaterlandes schützt, kritisiert den gegenwärtigen den Verbündeten Russlands übernommenen Verpflichtungen treu bleiben wird. Fest von dem siegreichen Ausgang des gegenwärtigen Krieges überzeugt und in vollkommener Übereinstimmung mit den Alliierten, ist die Provisorische Regierung ebenso sicher, daß die durch den Krieg aufgeworfenen Probleme im Sinne der Schaffung eines dauerhaften Friedens auf fester Grundlage gelöst werden werden; ferner, daß die von den gleichen Bestimmungen erfüllten alliierten Demokratien das Mittel finden werden, die notwendigen Bürgerrechte und Genugtuungen zu erhalten, um in der Zukunft einer Wiederholung blutiger Zusammenstöße vorzubeugen.“

Mikulow bedient sich der von der Entente beliebten Redewendungen. Mancher Ausdruck erinnert an die berüchtigte Antwort an Wilson: „Bürgerschaften“, „Genugtuungen“, „Krieg bis zum entscheidenden Sieg“. Aber der einstmals so kriegerische Klang der großen Trommel ist merklich gedämpft. „Genugtuung“ ist ein sehr weiter Begriff, der sehr wenig und sehr viel sagen und selbst als Verlegenheitsphrase gebraucht werden kann. „Bürgerschaften“ gegen fremden Angriff und „Schaffung eines dauerhaften Friedens“ ist das gemeinsame Ziel aller Kriegführenden. Von Annexionen schweigt der Sängers Höslichkeit. Die hochstehenden Kriegsziele der Oktoberisten und Kabetten sind mit vornehmlichem Schweigen übergangen, von der Russifizierung der Dardanellen ist keine Rede. Mag auch die Sprache gelegentlich an die beliebtesten Redewendungen der enterichteten roten- und Zeitungsschreiber anknüpfen, ihr Inhalt ist am nächsten verwandt den Friedenszielen der deutschen Sozialdemokraten und der in Deutschland leider übersehenen Kundgebung des öster-

reichischen Industriellenverbandes, der die Politik des Grafen Czernin ausdrücklich billigt und sich in scharfem Gegensatz zu den deutschen Industriellenverbänden den sozialdemokratischen Friedenszielen nähert. Unzweifelhaft ist, daß sich Mikulow dem Arbeiter- und Soldatenbelegiertenrat angepaßt hat, zu dem ihn seine Kriegshoffe bereits in einen so scharfen Gegensatz gebracht hatte, daß bereits Gerüchte von der Demission dieses stärksten Sturmläufers des russischen Bürgertums gegen das alte Regime aufgeflickert waren.

(Siehe auch letzte Nachrichten.)

### Das chinesische Ministerium für Krieg.

Peking, 3. Mai. Neutermelbung. Das Kabinett hat einstimmig einen Beschluß zugunsten einer sofortigen Kriegserklärung an Deutschland gefaßt.

### Scheinsitzungen im englischen Unterhaus.

Amsterdam, 4. Mai. Nach dem „Allgemeinen Handelsblatt“ hat Bonar Law im Unterhause für Donnerstag eine Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit (Privat Session) angekündigt. Er sagte, die Regierung werde noch in Erwägung ziehen, ob diese geheime Sitzung eventuell über mehrere Tage ausgedehnt werden soll. Außerdem teilte er mit, daß, wenn es möglich sein würde, nächste Woche eine Erklärung über die irische Frage abzugeben, der Freitag dafür in Betracht kommen werde.

### Vereins- und Versammlungsfreiheit in Rußland.

Petersburg, 3. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Eine Verordnung der Provisorischen Regierung gewährt der Bevölkerung Vereins- und Versammlungsfreiheit.

### Griechenland muß Kriegsschiffe an Venizelos abtreten.

Saloniki, 4. Mai. Meldung der Agence Havas. Gemäß einer Entscheidung der französischen Regierung werden zwei griechische Torpedobootzerstörer der provisorischen Regierung übergeben werden. Sie werden griechische Offiziere und Besatzungen an Bord haben und den Verkehr der provisorischen Regierung mit den ihr unterstehenden Inseln übernehmen.

### Die vierte Durchbruchschlacht bei Arras.

Berlin, 4. Mai. B.T.Z. Mit dem Aufwande eines gewaltigen Heeres von 30000 Mann versuchten die Engländer abermals vergeblich in verzweifelter Riesenschlacht den entscheidenden Durchbruch zu erzwingen. Geschwader von Panzerwagen, starke englische Kavalleriemassen und Reflektoren an Infanterie waren bereitgestellt, um in dem Augenblick nachzuschützen, da die deutsche Verteidigungsmauer durchbrochen war. Mit ungeheuren blutigen Verlusten, mehr als 1000 Gefangenen, einer großen Anzahl vernichteter Panzerwagen und zerstörter Batterien bezog die Feinde den völlig ergebnislosen Angriff. Die gesamte deutsche Front wurde behauptet, nur auf dem Nordflügel vermochten die Engländer östlich Arras einige 100 Meter auf Fresnoy vorzudringen.

Vormittags. Mit Tausenden von Geschützen, Schwere und schweren Kanonen, und einem Hagel von Minen hatten die Engländer versucht, die wieder und wieder pergeblitzte deutsche Stellung sturmreif zu trommeln. Um 3 Uhr 30 vormittags brachen die ersten massierten feindlichen Sturmhaufen, geführt von Panzergeschwadern, auf einer Breite von rund 30 Kilometern von Therville bis Ducaut beiderseits der Scarpe gegen unsere Stellungen vor. Die ersten Angriffsmassen erlitten in dem rasenden deutschen Feuerwühl ganz unerhörte Verluste, die der Engländer durch rasch herangeführte Divisionen wieder aufzufüllen verjagte. Im ersten währenden Anprall gelang es dem Gegner, sich in Fresnoy und Noeur festzusetzen, während er an anderen Stellen, wo er vorübergehend in unseren vordersten Graben eindrang, im Gegenstoß sofort wieder geworfen wurde. In einzelnen Frontabschnitten wurden die Angreifer mit Handgranaten zurückgetrieben. Um die Stellungen dicht nördlich der Chauffee Arras-Cambrai bis westlich Cherish hinunter tobte am Vormittag ein erbitterter Kampf. Auch weiter südlich waren am Vormittag die Kämpfe um die erste Linie noch im Gange. Wieder und wieder zogen die Engländer abgedämpfte und zusammengebrochene Divisionen zurück und warfen neue in die Schlacht, während die deutsche Infanterie in erbitterten Anstrengungen aus eigener Kraft ohne herangeführte Unterstützungen und Reserven kämpfte. Schon am Vormittag blieben mehrere 100 Gefangene in unserer Hand.

Mittags. Die Schlacht tobte noch auf der ganzen Front mit größter Heftigkeit.

Abends. Der neue große Durchbruchversuch der Engländer ist abermals vollkommen gescheitert. Die englischen Verluste übersteigen jedes schätzbare Maß. In Fresnoy wurde noch bis spät in die Nacht gerungen, wo auf einzelnen schmalen Stellen in vorderster Linie sich noch Engländerreste befanden, wurden erfolgreiche Gegenangriffe unternommen. Vor dem Einbruch der Nacht setzte der Gegner zum fünften großen Angriff auf das Dorf Oppy an. Er erlitt dort abermals eine neue blutige Niederlage. Am Mittwoch nachmittag ergriffen die Engländer nochmals das Dorf Cherish. Zum Teil eingedrungen wurden sie im nördlichen Handgranatenkampf unter schweren Verlusten wieder hinausgeworfen. Die hochumkämpften Dörfer Oppy, Noeur, Cherish sind in unserer Hand. Auch weiter südlich blieben nächtliche Teilangriffe erfolglos.

Am 4 Uhr 30 vormittags entbrannten bei der Säuberung eines Engländernefes in der Gegend von Bullecourt, nach heftigem Zornmehrfener, dort abermals neue Kämpfe, die noch nicht abgeschlossen sind. Der neue gewaltige Schlachtag ist ein voller Sieg der deutschen Waffen, insbesondere der Infanterie.

### Feindliche Kriegsberichte.

Englischer Heeresbericht vom 3. Mai. An der ganzen Front von der Hindenburglinie südlich vom Senfee-Fluß bis nach Acheville und der Straße von Vimy hin fanden schwere Kämpfe statt. Unsere Truppen machten Fortschritte und nahmen eine Anzahl feindlicher Stellungen. — Abends. Am ganzen Tage heftiger Kampf. Der Feind verbandte starke Reserven und machte fast an der ganzen Front wiederholte Gegenangriffe. Er erlitt schwere Verluste durch unsere Feuer. Wir drangen in dem Abschnitt der Hindenburglinie westlich von Ducaut ein und machten Fortschritte in der Nachbarschaft von Cherish. Wir nahmen Fresnoy und Stellungen südlich und nördlich davon in einer Frontbreite von zwei Meilen. Wir saßen fest in Gräben nördlich von Oppy und machten einige hundert Gefangene. — Französischer Heeresbericht vom 3. Mai. nachmittags. Unvergleichliche und zahlreiche Zusammenstöße von Ge-

Lundungsabteilungen im ganzen Gebiet des Chemin des Dames. In der Champagne schlugen wir feindliche Hand-  
streich im Walde westlich von Mont Cornillet und auf den Höhen  
östlich vom Hochberge ab. In der letzteren Gegend überrollten  
wir eine feindliche Stellung, in der noch Widerstand geleistet wurde;  
ihre Besatzung wurde gefangen genommen. Kein Offizier und  
210 Mann blieben in unserer Hand. Auf dem linken Maas-  
ufer drangen einige unserer Abteilungen in feindliche Gräben im  
Walde von Avocourt. Auf dem rechten Ufer Votrouillenkämpfe bei  
Damloup und Bezenbourg. Zeitweiliges Geschützfeuer an mehreren  
Stellen der Front, namentlich im Abschnitt von St. Niziel.  
Som 3. Mai abends. Jemlich heftige Artillerietätigkeit  
in einigen Abschnitten der Aisne-Front. Die Deutschen haben  
keins tagsüber sehr heftig behauptet. In der Gegend von Bray  
en Laonnois brachte eine unserer Erkundungsabteilungen von  
einem Vorstoß in die deutschen Linien Gefangene zurück. In der  
Champagne Artilleriekämpfe mit Unterbrechungen, keine In-  
fanterietätigkeit. Ueberall sonst ruhiger Tag.

In der Nacht vom 29. zum 30. April hat eines unserer Ge-  
schwader den Bahnhof und Fabriken von Diedenhofen mit  
Bomben belegt. Am Morgen des 1. Mai warfen unsere Flugzeuge  
220 Kilogramm Geschosse auf den Flugplatz von Sissonnes.  
In der folgenden Nacht wurde das gleiche Lager mit 2000 Kilo-  
gramm Sprengstoffen belegt. Ein großer Brand wurde in den  
Schuppen beobachtet.

## Der Krieg auf den Meeren. Abermals 56 000 Tonnen.

Berlin, 4. Mai. Amtlich. 18 Handelsschiffe mit ins-  
gesamt 56 000 Brutto-Reg.-Tonnen, davon acht mit  
24500 Brutto-Reg.-Tonnen, wurden im Engli-  
schen Kanal versenkt. Unter den vernichteten Schiffen  
befanden sich u. a. folgende:

Ein durch Zerhörer geführter großer Transportdampfer von  
etwa 11 000 Tonnen, der am 28. April südlich Sizard versenkt  
wurde, die englischen bewaffneten Dampfer Peemah  
mit 5500 Tonnen Kohlen nach Italien, Aliska mit 4000 Tonnen  
Kohlen für die englische Mittelmeerflotte, die englischen  
Dampfer Tomergate (3007 Tonnen), Ladung Baumwolle, und  
Alaska (7782 Tonnen) auf der Fahrt nach England, englischer  
Transportdampfer San Hilario mit 18 000 Tonnen Schwefel von  
Amerika nach England, die englischen Segler Ellen Garrison  
mit Kohlen für Frankreich und Bermuda, englischer Fisch-  
fütter Barkus, französischer Dreimastdampfer Marie  
Blanche, die russischen Barken Epsilon (1845 Tonnen) und  
August (1896 Tonnen), Ladung Holz nach England, russischer  
Schoner Ebrgals mit Holz nach England und ein unbekannter großer  
abgesenkter Transportdampfer mit Rurs nach Le Havre, der nördlich  
Porsfir aus dem Beseitzung heraufgeschossen wurde und in wenigen  
Sekunden unter schwacher Explosion in die Luft flog. Der Kapitän  
des englischen Dampfers San Hilario, der gegen das U-Boot ein  
längeres Artilleriegefecht geführt hatte, wurde gefangen genommen.

Zu den früher bekannt gegebenen U-Boot-  
Erfolgen sind noch folgende Einzelheiten nachzutragen:  
Englischer Dampfer Avozet (1219 Tonnen) mit  
Kork von Amerika nach England, Emma mit 3600 Tonnen  
Mais von Baltimore nach Glasgow, Diadem (ein Neubau  
von 4500 Tonnen) mit 6200 Tonnen Mais von Hongkong nach  
London, Desvold mit etwa 7000 Tonnen Schwefel von  
Amerika nach England, Duiland (4291 Tonnen) mit Holz von  
Salifax nach Falmouth und Swanmore (6373 Tonnen).

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

## Englischer Truppenschiff vernichtet.

London, 3. Mai. Die Admiralität teilt mit: Der  
britische Transportdampfer Arcadian (8939 T.) mit  
Truppen an Bord, ist am 15. April im östlichen  
Mittelmeer torpediert worden und binnen 5 Minuten ge-  
sunken. 279 Mann wurden vernichtet und sind vermutlich er-  
trunken.

## Die Repressalien gegen die Versenkung von Hospitaltschiffen

London, 3. Mai. (Neuermeldung.) Oberhaus. In Be-  
antwortung eines Einpruchs, der vom Erzbischof von Canter-  
bury und anderen gegen die Wiedervergeltungsmassregeln  
gegen deutsche Gewalttätigkeiten erhoben wurde, sagte Lord  
Curzon:

Die Deutschen versuchten die Versenkung von Hospitaltschiffen  
damit zu rechtfertigen, daß sie zum Transport von Truppen und  
Munition demütigt würden. Dies sei durchaus unbegründet. Die  
Regierung habe ebenso wie Frankreich das Gefühl gehabt, daß es  
keine andere Wahl gebe, als zu Vergeltungsmassregeln überzugehen.  
Frankreich habe viel kräftiger Schritte getan als Großbritannien,  
es habe angeordnet, daß es deutsche Gefangene an Bord  
der französischen Hospitaltschiffe nehmen werde. Man kann noch nicht  
sagen, ob die Vergeltungsmassregeln Erfolg gehabt hätten, aber  
seit dem Fliegerangriff auf Freiburg sei nur ein Hospitaltschiff  
angegriffen worden.

Lord Curzon schloß: Was getan wurde, war nicht ein Akt  
der Bestrafung oder Rache, sondern eine Vorsichtsmaßregel für  
die Zukunft im Interesse unseres Volkes.

Der Erzbischof von Canterbury dürfte von dieser Erklärung, die  
eine Drohung ist, schwerlich befriedigt worden sein. Sie hat wahr-  
lich nichts gemein mit einer Zusicherung, aus der sich schließen ließe,  
daß in Zukunft der von deutscher Seite festgestellte Mißbrauch von  
Hospitaltschiffen aus der englischen Seekriegsführung verschwunden  
sein wird.

## Seesperre und Versenkungen.

Madrid, 3. Mai. (Zuspruch vom Vertreter des Wiener A. A.  
Legat. Correyp.-Bureau.) Wie das Blatt „Imparcial“ meldet, ist  
bei der Einfahrt des St. Georgs nach der englischen Dampfer  
Tempus mit 4800 Tonnen Mineralladung von einem Unterseeboot  
versenkt worden.

## Norwegen und der deutsche Freigeleitstermin.

Kopenhagen, 3. Mai. Es stellt sich nun heraus, daß ein Fehler  
beim Telegraphieren daran schuld war, daß die Meldung über das  
deutsche freie Geleit für die neutralen Schiffe am 1. Mai zu spät  
nach Norwegen gelangte, so daß kein norwegisches Schiff  
daran Gebrauch machen konnte. Die Depesche der deutschen  
Regierung traf in Kristiania in so verfallenen Zustand ein, daß  
der deutsche Gesandte gezwungen war, die Wiederholung des Tele-  
gramms in Berlin zu erbitten.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Der Kabinettswechsel in Griechenland. Aus Athen wird ge-  
meldet: Zamis hat den Auftrag zur Bildung des neuen Kabi-  
netts angenommen. Papas soll mit: Zaimis übernimmt  
das Ministerium des Aeußern; er wird am Freitag den Eid leisten.  
George Thallis übernimmt wieder das Finanzministerium.

Frauenstimmrecht in Italien. Der italienische Minister-  
präsident Boselli erklärte in einem Schreiben an den Abgeordneten

Mirabelle seine Ansicht, den Frauen das politische Stimmrecht bal-  
digt zuzuerkennen.

Die holländische Regierung dementiert, wie aus London  
berichtet, daß zwischen Chile und Deutschland ein Geheimvertrag  
bestände.

Ministerwechsel in Brasilien. Cabas meldet aus Rio de  
Janeiro: Minister des Aeußern Lauro Müller ist zurückgetreten.

## Politische Uebersicht.

### Reichstag.

Die Interpellationen verschoben. — Reichs-  
eisenbahnen und Seeresetat.

Zu Beginn der Sitzung gab Herr Helfferich die Er-  
klärung ab, daß der Kanzler die eingebrachten Kriegsziel-  
interpellationen innerhalb der in § 33 der Geschäftsordnung  
vorgesehenen Frist (zwei Wochen) beantwortet werde. Eine  
geschäftsordnungsmäßige Möglichkeit, den Kanzler zur so-  
fortigen Beantwortung zu veranlassen, ist leider nicht gegeben.

Genosse S o c h richtete zwei sozialpolitisch bedeutende An-  
fragen an den Reichskanzler: ob die Kriegsunterstützung  
solcher Kriegerfrauen entzogen würde, die wegen Kränklich-  
keit oder Unabkömmlichkeit im Haushalt eine Erwerbsarbeit  
nicht leisten können, und ob der Siebenthrondienst beibehalten  
werde. Die Regierung antwortete auf beide Fragen  
in ziemlich befriedigender, wenn auch nicht völlig ausreichender  
Weise.

Beim Etat der Reichseisenbahnen hat der Reichstag  
jedesmal das seltsame Vergnügen, den preussischen Eisenbahn-  
minister vor sich zu sehen. Die Gelegenheit wird nach Mög-  
lichkeit dazu benutzt, auch allgemeine Klagen über das Eisen-  
bahnwesen vorzubringen. Von der sozialdemokratischen Frak-  
tion sprach der elssässische Genosse F u c h s, der besonders nach-  
drücklich dagegen Einspruch erhob, daß man den Eisenbahn-  
arbeitern noch immer das volle Koalitionsrecht vorenthält,  
aber auch eine Reihe sonstiger Beschwerden vortrug.

Dann begann die Beratung des zurzeit wichtigsten Etats,  
des Seeresetats. Der Kriegsminister v. Stein leitete die  
Aussprache mit einer Rede ein, in der er erklärte, für die Ab-  
schaffung der Strafe des Anbindens wirken zu wollen. Die  
Antwort aber, die er später auf die eingehende Rede unseres  
Genossen S c h ö p f l i n gab, war reichlich schmeichelhaft. Das Pa-  
lament ist nun einmal zum Kritizieren da, und auch die Re-  
gierungsvertreter müssen sich diesem Zweck des Parlaments  
fügen. Der Chef des Kriegsamts, Generalleutnant Gröner,  
war nicht so kurz und ablehnd in seiner Antwort auf  
Schöpflin, wenn er sich auch nicht dazu entschließen  
konnte, seinen unglückseligen Aufruf an die Arbeiter in der  
Form preiszugeben.

### Der Verfassungsausschuß arbeitet.

Der Verfassungsausschuß des Reichstags hat gleich in  
seiner ersten Sitzung, über die wir an anderer Stelle berichten,  
positive Beschlüsse gefaßt, deren Zweck es ist, die Stellung  
des Reichstages zu erweitern und zu festigen. Einmal ist festgelegt  
worden, daß die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers, von der in  
der Verfassung bisher nur in ver-  
schämten Ausdrücken die Rede war, gegenüber dem  
Reichstag gilt, daß dieser also das Recht hat, den Kanzler  
zur Verantwortung zu ziehen. Dann ist aber derselbe Grund-  
satz noch vertieft worden durch die Forderung eines Staats-  
gerichtshofs, vor den der Kanzler wegen Verletzung seiner  
Amtspflicht gestellt werden kann.

Die Bedeutung der Beschlüsse wird schon durch den Um-  
stand dokumentiert, daß die Anträge von den Mittel-  
parteien — Zentrum und Liberalen — gestellt, von den  
Konserverativen lebhaft bekämpft, von den Sozialdemokraten  
aber angenommen wurden. Was da geschah, wurde, ist nicht  
viel, aber immerhin etwas, und daß der Ausschuss gleich am  
ersten Tage Neigung zeigte, nicht nur zu reden, sondern auch  
zu handeln, ist erfreulich.

Dem Ausschuss liegt noch eine ganze Reihe von gemein-  
samen Anträgen der Mittelparteien vor. Die Ernennung von  
Offizieren und Beamten des Heeres und der Marine soll da-  
nach künftig unter verantwortlicher Gegenzeichnung erfolgen.  
Zur Besprechung auswärtiger Angelegenheiten sollen auch  
nichtöffentliche Sitzungen des Reichstages anberaumt werden  
können. Die Selbstständigkeit der Verwaltung des Reichstags  
und die Immunität der Abgeordneten sollen durch ent-  
sprechende Bestimmungen besser als bisher sichergestellt werden.

Das alles ist natürlich nur Kleinrat. Der Reichstag  
wird in Zukunft das sein, was er sein will, und seine tatsäch-  
liche Macht kann durch Paragraphenwerk weder wesentlich  
eingeschränkt noch wesentlich erweitert werden. Immerhin  
zeigen die am Freitag gefaßten Beschlüsse ein sich stredendes  
Kraftbewußtsein. Was die Arbeit des Ausschusses wert ist,  
wird man aber erst sagen können, wenn er zu den Wahl-  
rechtsanträgen Stellung genommen haben wird. Die  
Mittelparteien möchten sich durch ein paar Reformen,  
deren Wert nicht überschätzt und nicht unterschätzt werden soll,  
dem Vorwurf entziehen, gänzlich verfaßt zu haben. Das wird  
ihnen aber nicht gelingen; versagen sie in der Wahlrechts-  
frage, dann haben sie nicht begriffen, wo der springende  
Punkt ist, dann haben sie ganz verfaßt!

### Beamtendisziplin für die Angestellten der Kriegs- organisationen.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Bundesrat hat in seiner gestrigen  
Sitzung eine Verordnung über die bei Behörden oder in Kriegs-  
wirtschaftlichen Organisationen beschäftigten  
Personen verabschiedet. Diese Personen verstehen vielfach ähn-  
liche Obliegenheiten wie Beamte, unterliegen aber nach den bis-  
herigen Vorschriften weder den Bestimmungen des Disziplinar-  
rechts noch den Vorschriften des Strafgesetzbuchs gegen die Ver-  
letzung von Amtspflichten. Die neue Verordnung fällt diese Lücke  
aus, indem sie Pflichtenwidrigkeiten der Angestellten,  
die auf gewissenhafte Erfüllung ihrer Ob-  
liegenheiten durch Handschlag verpflichtet sind,  
mit ähnlichen Strafen bedroht wie Amtsdellin.  
Daneben sind Strafparagrafen vorgegeben, die sich gegen  
die missbräuchliche Weitergabe und Verwertung von Geschäfts- und  
Betriebsgeheimnissen richten.

Eine weitere Verordnung befaßt sich mit dem Nachschub  
der Hilfsdienstpflichtigen. Sie läßt zugunsten der Per-  
sonen, die auf Grund besonderer schriftlicher Aufforderungen oder  
Heberweisung im vaterländischen Hilfsdienst verwendet werden,  
prozessuale Vergünstigungen, insbesondere richterliche Zahlungs-  
und Einstellungserlassen, in dem gleichen Umfange zu wie  
bei Angehörigen immobilier Truppenteile.

### Niedriger hängen!

Der seltfam bekannte Graf Reventlow, welcher für  
deutsche Eroberungen zwar nicht an der Front kämpft, aber  
desto mehr zu Hause redet und schreibt, hat am Donnerstag  
einmal wieder vor größerem Auditorium in Berlin seiner  
Weisheit Lehren verkündet. Bei der Gedankenartut des

ganzen Vortrags hätten wir keine Notiz von ihm genommen,  
wenn nicht der heimtückische Graf sich nach dem Bericht  
der „Deutschen Tageszeitung“ (heines Reichsblattes, also einer  
genieß unverdächtigen Quelle) über die Friedensziele der  
Sozialdemokratie die unverkennbare Bemerkung geäußert hätte:  
„Indem sie aber solche Ziele teilen, stehen also die deutschen  
Sozialdemokraten Schulter an Schulter mit un-  
sern Feinden.“

Uns ist neu — auch der Regierung wird neu sein — daß  
unsere Feinde einen Frieden fordern, der Deutschlands  
völlige Unversehrtheit und die volle Entwick-  
lungsfreiheit des deutschen Handels- und Wirtschafts-  
lebens garantiert — das sind die sozialdemokratischen  
Friedensziele für Deutschland. Die „Deutsche Tageszeitung“  
hat selber die Eroberungs- und Annexionsabsichten unserer  
Gegner gegen Deutschland so oft festgestellt, daß die Behaup-  
tung, die deutsche Sozialdemokratie stehe mit den Feinden  
Schulter an Schulter, nur als eine ganz bodenlose  
Verleumdung bezeichnet werden kann. Von Männern  
und Zeitungen, die mit derartigen Schmutzwoorten den inner-  
politischen Kampf vergiften, darf man allerdings mit Recht  
sagen: sie stehen Schulter an Schulter mit unseren Feinden.

Die Reichstagsersparwahl in Mecklenburg-Vorpommern, 2. Mi-  
liches Wahlergebnis. Bei der Ersparwahl zum Reichstag  
im Wahlkreis Mecklenburg-Vorpommern am 30. April 1917 ist Dr. phil.  
Stubmann, Syndikus verschiedener Gesellschaften aus Hamburg,  
nationalliberal, mit 3372 Stimmen gewählt worden. Die Zahl der  
Wahlberechtigten betrug 14 001, die der abgegebenen gültigen  
Stimmen 3379. Zerplüßelt waren 7 Stimmen.

## Letzte Nachrichten. „Nieder mit Miljukow!“

Petersburg, 3. Mai. (Meldung der Petersburger  
Telegraphen-Agentur.) Die heute von den Zeitungen ver-  
öffentlichte Note der provisorischen Regierung  
hat bei den Sozialisten lebhaft Unzufriedenheit erzeugt.  
Der ausführende Ausschuss des Arbeiter- und Soldatenrats  
hat die Note in außerordentlichen Sitzungen am 2. Mai nachts  
und am morgen des 3. Mai beraten, ohne jedoch irgend einen  
Beschluss zu fassen. Schließlich hat der Rat beschlossen, vor  
Ausführung irgend eines anderen Beschlusses die Regierung um  
Aufklärung zu ersuchen, über die Gründe, welche sie zur Ver-  
öffentlichung dieser Note bestimmt hätten. Zu diesem Zweck  
hat der ausführende Ausschuss der Regierung eine gemeinsame  
Sitzung vorgeschlagen, was die Regierung annahm.

Am Nachmittag erhielt der ausführende Ausschuss Nach-  
richt, daß die Note der Regierung auch bei einigen Truppen-  
körpern Unzufriedenheit erregt habe. Das Infante-  
rierregiment Finland zog mit Bannern, deren Auf-  
schriften den Rücktritt der Minister Gutschkow und Miljukow  
forderten, vor den Marienpalast. Der ausführende Ausschuss  
des Arbeiter- und Soldatenrats traf Vorkehrungen, um die  
Soldaten zur Rückkehr in ihre Kasernen zu veranlassen. An-  
dere Truppenteile schlossen sich dem Re-  
giment an. Der ausführende Ausschuss hält irgend eine  
Gegenwirkung gegen die Note der Regierung für nötig, beab-  
sichtigt aber keineswegs, die provisorische Regierung zum Rück-  
tritt zu veranlassen.

Auch in den Arbeiterkreisen hat die Note Erregung ver-  
ursacht. — Im Laufe des Tages haben Kundgebungen  
und Volksversammlungen in der Hauptstadt statt-  
gefunden; die Manifestanten zogen mit Bannern einher mit  
den Aufschriften: Nieder mit der provisorischen Regierung!  
Nieder mit Miljukow! Nieder mit Gutsch-  
kow!

### Solidarität des Weltproletariats.

Amsterdam, 4. Mai. (Sig. Drahter, h. „Borw.“) „Times“  
meldet aus Odessa: Die Kaiserin die größte Kundgebung  
die Südrussland jemals sah. Der Vorbeimarsch von mindestens  
150 000 Demonstranten dauerte von 8 Uhr morgens bis zur Däm-  
merung. Die Behörden nahmen an der Kundgebung teil, die die  
Solidarität des Weltproletariats demonstrieren sollte.  
Die Fahnen trugen die Aufschriften: „Frieden ohne An-  
nexionen und Entschädigungen!“ „Nirgendwo waren  
Zuschreibern für die Fortsetzung des Krieges sichtbar, ebensowenig  
für einen Sonderfrieden.“

### Die deutschen Annektionisten bedeuten nichts.

Budapest, 4. Mai. Der „Bester Abend“ erhält von Wiener  
informierter Stelle eine Erklärung, die er an leibender  
Stelle veröffentlicht. Es wird darin vor allem festgestellt,  
daß die Meinung, als ob zwischen den Mittelmächten in der  
Auffassung über die Kriegsziele ein Gegensatz entstanden  
wäre, irrig sei. Dann heißt es weiter: Entstanden ist der  
irre Eindruck offenbar dadurch, daß jener Teil der  
deutschen Presse, der so ziemlich seit Kriegsbeginn für  
ein Programm weitgehender Annektionen eintrat, mit den  
Kriegszielen, die Graf Czernin für Österreich-Ungarn

### Spanien und der U-Boot-Krieg.

Bern, 4. Mai. Der Madrider Berichterstatter des  
„Bester Abend“ hatte eine Unterredung mit Raura. Der Konserver-  
Wanra erklärte: er erkenne an, daß die Versenkungen eine be-  
dauerliche Tatsache seien, aber sie hätten keinen genügenden Grund  
für einen Krieg. Wenn Deutschland zuweilen spanische Schiffe  
versenke, so geschehe es nicht, um Spanien zu bestrafen, sondern  
um die Blockade gegen die Allierten durchzuführen.

### 3 1/2 Millionen gefrorene Hammel.

London, 4. Mai. Nach einer Meldung der „Times“ teilte der  
Premierminister von Rußland, Koslov, mit, daß sich augenblicklich  
2 Millionen Hammel in rußländischen Gefrierräumen befänden,  
daß aber keine Schiffe zur Verladung erhältlich seien. Die Zahl  
der gefrorenen Hammel, die nicht verschifft werden könnten, würde  
bis Ende Mai auf 3 500 000 steigen.

# Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

## Die Bergarbeiter und die Arbeitseinstellungen.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird uns geschrieben:

Der „Vorwärts“ hat bereits gemeldet, daß am letzten Sonntag vier große Vertrauensmännerkonferenzen des Deutschen Bergarbeiterverbandes tagten und eine Resolution beschlossen, die sich mit der Ernährungs- und Lohnfrage beschäftigt. Wohl nur durch ein Versehen hat der „Vorwärts“ den letzten Absatz dieser Resolution nicht mit veröffentlicht. Dieser Absatz, der von allen Konferenzen einstimmig angenommen worden ist, lautet:

„Die Konferenz erklärt schließlich, daß die Organisation der Bergarbeiter eine gewerkschaftliche Vereinigung ist, die lediglich solche wirtschaftliche Ziele verfolgt, welche eine Verbesserung der sozialen Lage der Bergarbeiter bedeuten. Das Hineintragen irgendwelcher parteipolitischen Bestrebungen und Differenzen in unsere Organisation widerspricht dem Charakter und dem Zweck des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands und schädigt seine Entwicklung. Darum verpflichten sich alle Vertrauensleute und Funktionäre, mit rücksichtsloser Energie allen Versuchen entgegenzutreten, die unsere Organisation zu irgendwelchen parteipolitischen Zwecken mißbrauchen wollen. Möglicher denn je ist heute die unerschütterliche Einigkeit der Kameraden.“

Diese Sätze wurden in keiner Konferenz angefochten, obwohl man sich leicht denken kann, daß auch unter den Bergarbeitern die Meinung über die Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei nicht einheitlich ist. Aber auch von Arbeiterdelegierten, die am ehesten den „Unabhängigen“ zuneigen, wurde entschieden die Notwendigkeit betont, die parteipolitischen Streitfragen von dem Bergarbeiterverband unbedingt fernzuhalten. Es wurde aber auch in allen Konferenzen von den unmittelbaren beteiligten Vertrauensvertretern erklärt, daß nicht eine einzige der in den letzten Monaten stattgehabten Arbeitseinstellungen im rheinisch-westfälischen Bergbau irgend etwas mit „politischen Bestrebungen“ zu tun gehabt habe! Alle diese Arbeitseinstellungen, die übrigens zu verschiedenen Zeiten eintraten und alle nach kurzer Dauer — manchmal nach nur einigen Stunden — beendet waren, hatten lediglich Störungen der Nahrungsmittelzufuhr, Beschwerden über geringe Löhne und schlechte Behandlung von Arbeitern zur Ursache. Sobald diese Beschwerden abgestellt oder ihre Abhilfen glaubwürdig zugesagt waren, fuhren die Bergarbeiter, dem Rate der Organisationsleiter folgend, wieder an.

Zudem ist in den Werkstätten nahegelegenen Zeitungen offen oder verdeckt angekündigt worden, die Arbeitseinstellungen seien „politische Demonstrationen“, Ernährungs- und Lohnfragen seien nur Vorwand gewesen. Auch ließen gewisse Zechenverwaltungsvertreter durchblicken, die Bergarbeiter übten wohl „passive Resistenz“, indem sie die Förderung durch Verweigerung von Ueberführungen beeinträchtigten. Gegen diese in die Bergarbeitergedrungenen Anschuldigungen erhoben zahlreiche Arbeiterdelegierte in den Konferenzen am letzten Sonntag entschiedenen Protest. Mit hartem Nachdruck hoben die Arbeiter hervor, daß sie schon, um die sich verbessernden Friedensaussichten nicht zu gefährden, mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung der Kohlenförderung sorgten und nicht Nege den Bergarbeitern fern sei als zu begreifen, daß unsere Brüder im Vorkriegsreich ausreichende Verteidigungsmittel haben müßten. An der Konferenz der Vertrauensleute der Bezirke Dortmund, Hamm und Lünen wurde sogar aus der Mitte der Delegierten (alles noch aktive Bergleute) heraus der Antrag gestellt, die wilden Streiks entschieden zu verurteilen, weil diese keine Besserung der Verhältnisse herbeiführen können und eine große Gefahr für die absolut gebotene Verteidigung des Vaterlandes darstellen! Auch dieser Antrag wurde angenommen. Der englische Bezirk hat sich bei allen großen Bergarbeiterbewegungen (vor dem Kriege) als ein besonders lampflüchtiger bewiesen, um so charakteristischer ist seine jetzige Stellungnahme. In allen Konferenzen sprachen sich zahlreiche Arbeiterdelegierte recht kritisch über den jüngsten Erlaß des Herrn Generalleutnants Gröner aus; Inhalt und Form seien ganz verfehlt, weil nur geeignet, Mißstimmung selbst unter den arbeitsfreudigsten Arbeiterschichten zu erwecken. Man sprach die Ansicht aus, der Erlaß beruhe auf einseitigen Informationen von Werkleitern, die der loyalen Auslegung des Hilfsdienstgesetzes widerstrebten. Daß dieses Widerstreben vorliege, habe Herr Gröner selbst im Reichstagsauschuß erklärt. Gegen diese Widerstreben sei ein recht scharfes Vorgehen durchaus am Platze. Noch in keinem Falle habe sich bei Arbeitseinstellungen im Bergbau, die alle in voller Ruhe verliefen, ein parteipolitisches Moment gezeigt; nur wirtschaftliche Beschwerden seien die Beweggründe gewesen. Die Löhne seien für die große Mehrzahl der Arbeiter viel zu niedrig, die Lohnver-

sprächungen wurden sehr häufig nicht gehalten, anlässlich der allgemeinen Kostenpreiserhöhung im Januar seien keine allgemeinen Lohnzulagen eingetreten, so gar Gedingeverflechtungen erfolgten wieder. Daran seien die Arbeitseinstellungen hinreichend zu erklären. — Endlich muß noch ausdrücklich hervorgehoben werden, daß zwar ab 1. Mai wieder eine Preiserhöhung von 2 M. pro Tonne eingetreten ist, aber von einer allgemeinen, dieser Mehrerhöhung der schon gewinnreichen Zechenbesitzer entsprechenden Lohnerhöhung ist heute noch nichts zu melden!

## Berlin und Umgegend.

### Von der Bewegung der Textilarbeiter.

Die Generalversammlung der Textilarbeiter nahm am Donnerstag den Geschäftsbericht der Ortsverwaltung entgegen, aus dem wir folgendes hervorheben: Raft in keinem Betriebe der Berliner Textilindustrie gab es bisher einen Arbeiterausbruch. Nachdem aber jetzt die meisten Betriebe als kriegswichtig erklärt und dadurch den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes unterworfen sind, richtete die Agitation des Verbandes sich auf die Einführung von Arbeiterausbrüchen. Aber der erwartete Erfolg zeigte sich nicht, denn die Unternehmer lehnten es ab, Arbeiterausbrüche zu lassen. Leider zeigten auch die in betreffenden Betrieben beschäftigten Arbeiter kein besonderes Interesse für diese Angelegenheit. Die Draufaktion wird aber nicht unterlassen, weitere Schritte zur Einführung von Arbeiterausbrüchen zu tun, um so mehr, da in anderen Textillorten die Einführung von Arbeiterausbrüchen ohne erhebliche Schwierigkeit vor sich gegangen ist und diese Einrichtung mancher Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse herbeigeführt. — Die Agitation für Aufbesserung der Löhne in den Berliner Betrieben hat auch keine besonders günstigen Erfolge gebracht. Die Arbeiter der Delatourbranche hatten eine Forderungszulage von 12 M. gefordert. Nach mehrmaligen Verhandlungen und nachdem Arbeitseinstellungen in Aussicht gestellt worden waren, bewilligten die Unternehmer eine Forderungszulage von 6 M. wöchentlich, womit die Forderung abgeschlossen war. In einigen Betrieben der Weberei sind Erhöhungen der Akkordlöhne durchgeführt worden, die aber in der Hauptsache nur als Ausgleich dafür anzusehen sind, daß der Akkordverdienst infolge des immer schlechter gewordenen Materials zurückgegangen war. In den Betrieben der Kärerei und Wäscherei haben sich die Löhne trotz des überaus günstigen Geschäftsganges und der erhöhten Preise, die die Unternehmer von ihren Kunden fordern, nicht über den Stand erhöht, den sie im Frieden hatten. Die Firma Spindler suchte noch im November 1916 juvencliche und erwachsene Arbeiterinnen, denen Stundenlöhne von 20 bis 45 Pf. in Aussicht gestellt wurden. Einer kräftigen Arbeiterin, die sich daraufhin meldete, wurde ein Stundenlohn von 26 Pf. geboten. In den anderen Betrieben der Kärerei sind die Löhne im allgemeinen nicht besser wie bei Spindler. Neben einigen gelehrten Arbeitern, die Wochenlöhne von 38 bis höchstens 40 M. erhalten, werden in diesen Betrieben fast nur Arbeiterinnen zu Stundenlöhnen von 20 bis 30 Pf. beschäftigt. Die Mitgliederzahl belief sich zu Anfang des Quartals auf 710 männliche, 652 weibliche, zusammen 1362. Am Schluß des Quartals war der Bestand 694 männliche, 655 weibliche, zusammen 1349 Mitglieder. Die Stabilität der Organisation ist somit gewährleistet. Da nach dem Schluß des ersten Quartals 164 neue Aufnahmen gemacht worden sind, so kann für die Zukunft neue mit einer Steigerung der Mitgliederzahl gerechnet werden.

Nachdem der Geschäftsbericht erledigt war, hielt Stadtverordneter Ritter einen Vortrag über die Uebernahme des Arbeitsnachweises durch die Stadt Berlin. Im Anschluß an den Vortrag beschloß die Versammlung, den Arbeitsnachweis des Textilarbeiterverbandes dem städtischen Arbeitsnachweis anzugliedern. Soweit die Branchen der Delatoure und der Posamentiere in Frage kommen, ist der Arbeitsnachweis eine mit den Unternehmern vereinbarte tarifliche Einrichtung. Der Anschluß an den städtischen Arbeitsnachweis bedarf deshalb der Zustimmung der betreffenden Unternehmerorganisationen, die aber mit Sicherheit zu erwarten ist.

## Rusland.

### Streik in Wolowich.

Bern, 4. Mai. „Times“ zufolge stellten am 3. April über 1000 Bureauangestellte des Arsenal und der Werft von Wolowich wegen Nichterfüllung der geforderten Lohnerhöhung die Arbeit ein.

## Parteinachrichten.

### Unabhängige Agitationsmethoden.

Um die im Felde stehenden Mitglieder der Sozialdemokratie für sich einzufangen, entfalten die „Unabhängigen“ eine ganz eigenartige Agitation. So schickt z. B. der „Unabhängige“ Wahlverein Berlin IV an die im Felde stehenden Genossen, die ihm aus den Mitgliederlisten bekannt sind, ein Schreiben, das einen ununterbrochenen Schwall niedrigster Beschimpfungen der Partei und Gewerkschaften darstellt. Sehr bezeichnend für die hohle Phrasenhaftigkeit des Ganzen ist schon der erste Satz:

„Unter der Herrschaft und unter dem Schutz des Parteivorstandes ist ein großer Teil des Parteivorstandes und Gewerkschaftsführern zu freiwilligen Negierungshandlungen herabgeunken.“

Also: unter dem Schutz des Parteivorstandes ist eben derselbe Parteivorstand herabgeunken! Wie macht er das? Das weiß wohl Paul Hoffmann, der Unterzeichner des Briefes, auch nicht, aber was kommt's auf den Sinn der Worte an, wenn sie nur recht hirnnumbelnd aufgeputzt sind. — Weitere Blüten:

Die Partei- und Gewerkschaftsführer preisen es als eine Ertragsleistung, wenn die Minister die Gewerkschaft und Konsumhäuser beschließen, wenn einige Gewerkschaftsführer in die Ernährungs- und Kriegsamter als Staffage zur Beschönigung der Bevölkerung berufen werden.

Die Scheidemänner fühlen sich auch wohl, wenn sie Reizen an die Front ins Große Hauptquartier machen können und sich von Offizieren — bewirten lassen. Sie fühlen sich auch wohl, wenn sie an „Ministeressen“ teilnehmen können. Und alles in einer Zeit, wo unter dem Belagerungszustand eine große Zahl unserer Genossen und Genossinnen, die nicht umgeleert haben, in Schutzhaft in Gefängnissen und hinter Zuchthausmauern schmachten.

Und wenn nun erst nach dem Kriege die große Neuorientierung erfolgt, Scheidemann und Legien ins Herrenhaus berufen werden, dann, dann wird großer Jubel sein.

In diesem Tone niederster Demagogie geht es bis zum Schluß. Dann findet der bedauernswerte Leser einen Fragebogen angeboten, den er genau auszufüllen und daraufhin zu beantworten hat, ob er sich zu den „Unabhängigen“ bekennt und nach seiner Rückkehr diesen beitreten wird. Während die Kämpfer an der Front in schwerem Ringen stehen, haben die „Unabhängigen“ ihnen als Herabsetzung und moralische Ermüdung nichts weiter mitzuteilen, als diesen in unverständlichen Redewortschlangel abgefaßten Schimpferquäl! Ihre ganze Sorge besteht darin, unter den Kämpfern bei Arras und an der Champagnefront Mitgliebersang zu treiben und der „Gefahr“ vorzubeugen, daß die aus dem Felde heimkehrenden Genossen mit der Parteierpflüchtung wieder ausräumen könnten!

München fest zur Partei. Eine stark besuchte Wahlkreis-Konferenz für die Reichstagswahlkreise München I und II stellte sich mit Entschiedenheit auf den Boden der Beschlüsse des Parteiaususses zur Freieinrichtung und zur sozialen und demokratischen Neuordnung Deutschlands und machte sich die Richtlinien der bayerischen Landeskonferenz für die Aufrechterhaltung der Parteieinheit zu eigen. Eine Resolution in diesem Sinne bekam über 300 Stimmen, während nur vier dagegen abgegeben wurden. Die „Unabhängigen“ haben zum Austritt aus der Partei aufgefordert. Bisher sind daraufhin 18 Abmeldungen erfolgt.

Eine Leipziger Sensationsente. Vor einigen Tagen brachte die „Leipziger Volkszeitung“ die Aufsicht erregende Notiz, daß die Prehkommmission unseres Chemnitzer Parteiblattes zum Nachfolger des Gen. Heilmann, dessen Weggang zu der Berliner „Internationalen Korrespondenz“ wir schon meldeten, Kurt Eisner gewählt habe. Erst infolge der Tageszwischenkunft Heilmanns habe die Prehkommmission diesen Beschluß wieder umgestoßen und jetzt sei Genosse Hermann Krausold-München zum politischen Redakteur berufen worden.

Durch eine Darstellung der „Chemnitzer Volksstimme“ entpuppt sich jetzt das Ganze als ein sensationell aufgeputzter Schwindel. In Wirklichkeit hatte ein Mitglied der Prehkommmission privatim mit Eisner verhandelt und dann auch die Prehkommmission bewegen, die Anknüpfung weiterer Verhandlungen mit Eisner zu beschließen, indem er diesen als einen Mann der mittleren Linie schilderte. Von einem Vorschlag, Eisner zu wählen, war dabei noch gar keine Rede. Als jedoch die Prehkommmission zu ihrer völligen Ueberzeugung erfuhr, daß Eisner, den sie nur aus seiner früheren Mitarbeit an der „Chemnitzer Volksstimme“ kannte, an der Gothaer Konferenz teilgenommen habe und sich zu den „Unabhängigen“ rühme, erklärte sie sofort, daß unter diesen Umständen sich jede Anfrage bei Eisner und jede Verhandlung mit ihm erübrige.

Der Versuch der „Leipziger Volkszeitung“, die Mehrheit der Chemnitzer Prehkommmission in „Unabhängige“ umzuwandeln, erweist sich damit als ein seltsames Gemisch von Schwindel und Vertrauensbruch, denn anders kann man diese Art, aus nichtöffentlichen Sitzungen zu berichten, nicht bezeichnen. Aber der Schwindel ist in diesem Fall noch größer als Vertrauensbruch.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Diederich, Berl.-Friedenau; für d. übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Kaulsdamm; für Anzeigen: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Dieses I. Beilage und Unterhaltungsblatt.

Gegen  
**Bar und auf Kredit**  
unter günstigsten Zahlungsbedingungen

## Frühjahrs-Neuheiten

Jackenkleider, Mantelkleider, Seidenkleider, Seiden-Kostüme  
Frühjahrs-Mäntel, Kleiderröcke aus Seide, Vellé und Wolle, Elegante  
Blusen in Seide, Vellé, Chiffon, Gummi- und imprägnierte Seiden-Mäntel  
Fertige Herren-Kleidung, Burschen- und Jünglings-Anzüge

# B.FEDER

Norden: Brunnenstrasse 1  
Süden: Kottbuser Damm 103  
Osten: Frankfurter Allee 350  
Westen: Charlottenburg, Scharrenstr. 5  
Ecke Wilmersdorfer Str.

Sonntag von 8-10 Uhr geöffnet

Inserat mitbringen! 3 Mark Wert!

## Leichte Sommerkleidung



**Wunderbare Kostüme und Mantelkleider**  
aus Samt, Tuch, Seide, Kordell, Repp, etc.  
in schwarz u. farbig  
65 - 90 bis 225 - 300



**Mäntel, Paletots und Sportjaden**  
aus praktischer Baumwolle, Kordell, Seide  
Zahl 20  
16,75 M. bis 118 - 200



**Große Auswahl in Kinder- und Baftisch-Konfektion**  
aus feinsten Materialien in reinem Baumwoll- u. Leinwandstoff  
für jedes Alter  
9,75 M. bis 34 - 50

Gleitet Gassen-Mantel 35,50 M.    Imprägnierter Seidenmantel 69,50 M.    Feines Kostüm in der beliebtesten leinen Form 65 M.

Brunnerstr. 56-57    **Oskar Wollburg**    Brunnenstr. 56-57

Gegründet 1896.

**Sommer-Paletots**

**Sport-Paletots**

**Loden-Pelerinen**

# M. Schulmeister

Dresdener Straße 4 Kottbuser Tor  
Sonntags von 12-2 Uhr geöffnet  
Haßanfertigung zu allerbilligsten Preisen.

**Sakko-Anzüge**

**Rock-Anzüge**

**Jünglings-Anzüge**

Verfassungsausschuss.

Kanzler-Verantwortlichkeit vor dem Reichstage. — Staatsgerichtshof.

Der Verfassungsausschuss des Reichstags trat am Freitag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Welche Bedeutung die Regierung den Verhandlungen dieses Ausschusses beimisst und mit Recht beimeissen muß, zeigt wohl die Tatsache, daß mit dem Staatssekretär Dr. Helfferich und dem Chef der Reichskanzlei Wahnschaffe an der Spitze etwa 20 Vertreter der verbündeten Regierungen erschienen sind.

Der Vorsitzende Abg. Scheidemann bemerkt einleitend: Der Beschluß des Reichstags, einen Verfassungsausschuss einzusetzen, hat im deutschen Volke den freudigsten Widerhall gefunden. Weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus hat der Beschluß des Reichstages Aufsehen erregt und großen Eindruck gemacht.

Zunächst befaßt man sich mit der Aufstellung eines Arbeitsplanes. Der Vorsitzende schlägt vor, mit der Wahlrechtsfrage zu beginnen. Dem tritt Abg. Gröber (Z.) entgegen mit dem Vorschlag, zunächst die von Zentrum und Liberalen gemeinsam eingebrachten Anträge zu beraten, für die offenbar eine große Mehrheit vorhanden sei.

Abg. Graf Westarp (L.) bestreitet, daß der Ausschuss berechtigt ist, Anträge zu beraten, die ihm nicht durch das Plenum überwiesen sind. In anderen Fällen würde eine Einrichtung geschaffen, die mit unseren verfassungsmäßigen Zuständen nicht in Einklang zu bringen ist.

Abg. Schiffer (natl.) erinnert an die Steuerkommissionen, die auch Anträge beraten haben, die nicht vorher dem Plenum vorgelegt hatten, ohne daß die konservativen Bedenken dagegen erhoben. — Abg. Kreth (L.) verlangt, daß die Öffentlichkeit erst Gelegenheit haben müsse, sich zu so weitgehenden Anträgen zu äußern.

Sammelantrag der Mittelparteien.

In Verbindung mit den einschlägigen Teilen des Antrages der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu beraten und dann die Frage der Wahlkreisinteilung zu behandeln.

Abg. Gröber bespricht die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers. Der Kanzler müsse dem Reichstage gegenüber Rede und Antwort stehen. Die Verfassung habe aber nicht den Weg festgelegt, auf dem dieses Ziel praktisch unter allen Umständen erreicht werden kann. Der Antrag will eigentlich nichts Neues schaffen, sondern nur festlegen, daß auch die Staatssekretäre dem Reichstage verantwortlich sind für die Handlungen der Reichsregierung, die von ihnen gezeichnet sind.

Abg. Heine (Soz.) erklärt, diese Anträge befriedigen nicht voll. Wir wünschen ein verantwortliches Ministerkollegium und erblicken in den vorliegenden Anträgen nur den ersten Schritt zu diesem Ziel. Es ist folgender Antrag der Soz. Abg. eingelaufen: Artikel 15 der Verfassung Abs. 1 erhält folgenden Zusatz: Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es durch Mehrheitbeschluß fordert.

Abg. Hund (natl.) findet, daß die Anträge nichts Neues bringen; sie umschreiben nur die bestehende Verantwortlichkeit des Kanzlers deutlicher. Besser wäre es, auch die Verantwortlichkeit gegenüber dem Bundesrat festzulegen.

Abg. Haase (Unabh.) begründet den Antrag, daß der Reichskanzler zu entlassen ist, wenn der Reichstag das fordert. Mit der Annahme von Resolutionen erreicht man nichts. Die Konservativen beantragen, die Verantwortlichkeit auch festzulegen gegenüber dem Kaiser und dem Bundesrat.

Abg. Graf Westarp: Dem Anschein nach laufen die Anträge auf eine politische Demonstration hinaus. Der Antrag solle offenbar nur eine Auslegung des Artikels 17 der Reichsverfassung sein. Die Ausdehnung der Verantwortlichkeit auf die Stellvertreter gebe in dieser Form zu weit. Praktisch übernehmen die Stellvertreter bereits jetzt die Verantwortung für ihre Handlungen. Unter diesen Umständen könne eigentlich nur von einer Deklaration des fraglichen Artikels der Verfassung die Rede sein.

Abg. Gaukmann (Fr. Vp.) polemisiert gegen den Vortredner. Die Verantwortlichkeit des Kanzlers gegenüber dem Kaiser ist in der Verfassung bereits festgelegt; diese Verantwortlichkeit auch gegenüber dem Bundesrat festzusetzen, liegt kein Anlaß vor. Die Grundfrage des parlamentarischen Regimes ist, daß der leitende Staatsmann das Vertrauen des Parlaments besitzt, nicht nur das Vertrauen dessen, der ihn ernannt. Württemberg besitzt einen Staatsgerichtshof, der aber nur einmal gegen einen Minister in Funktion getreten und damals zu einer Freisprechung gekommen ist.

gung eines Kanzlers hinzuarbeiten, der ihnen nicht paßt. Darum soll die Mehrheit des Reichstages nicht das gleiche Recht haben? Die jetzigen Bestrebungen auf eine Erweiterung der Rechte des Parlaments haben mit der Person des Kanzlers gar nichts zu tun. Staatssekretär Helfferich: Er nehme an den Verhandlungen zu seiner Information teil; eine jährliche Stellung werde er jetzt nicht nehmen, weil er den verbündeten Regierungen nicht vorgehen könne. Die Anträge greifen hart an die Fundamente der Verfassung des Reiches heran. Die Meinungen über eine Neuordnung der Verantwortlichkeit des Kanzlers gehen selbst im Ausschuss recht weit auseinander.

Abg. Kreth vermutet, daß mit den Anträgen die verpackte Absicht verfolgt werde, unser ganzes Verfassungswesen auf eine andere Grundlage zu stellen. Eine genaue Definition der Kanzlerverantwortlichkeit ist bei den bestehenden staatsrechtlichen Verhältnissen nahezu unmöglich, schon deshalb, weil der Kanzler gleichzeitig preussischer Ministerpräsident ist. Die Konservativen haben den Vorschlag, daß sie nicht an ein Programm gebunden sind; deshalb ist ihnen ein liberaler Minister, wie es Riquel war, viel lieber, als ein konservativer Minister, der mit der Linken feilscht.

Abg. Gräfe (L.) sucht die Konservativen gegen den Vorwurf der Kanzlerstürzerei zu verteidigen. Die Konservativen versuchen nur, den Kanzler auf andere Wege zu bringen. Abg. List (natl.) tritt noch einmal kurz für die Annahme des gemeinsamen Antrags ein.

Bei der Abstimmung wird der Teil aus dem Antrag Bernstein und Genossen, daß der Kanzler auf Beschluß des Reichstags zu entlassen ist, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Verantwortlichkeit des Kanzlers gegenüber dem Bundesrat wird mit 15 gegen 12 Stimmen beschlossen; die Verantwortlichkeit dem Kaiser gegenüber gegen vier Stimmen der Konservativen abgelehnt. Gegen die konservativen Stimmen wurde dann die Ziffer 1 des gemeinsamen Antrages in folgender Form angenommen:

Artikel 17 Satz 2 ist zu fassen wie folgt: Die Anordnungen und Verfügungen des Kaisers werden im Namen des Reiches erlassen und bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers oder seiner Stellvertreter, welche dadurch die Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstage und dem Bundesrat übernehmen.

Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gegenentwurf vorzulegen, durch welchen die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers wegen Verletzung seiner Amtspflicht und deren Feststellung durch einen Staatsgerichtshof geregelt wird. Nächste Sitzung Sonnabend.

Reichstag.

100. Sitzung, Freitag, den 4. Mai 1917, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Helfferich, v. Breitenbach.

Kleine Anfragen.

Abg. Hoch (Soz.) fragt, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß in vielen Fällen die Kriegsunterstützung solcher Kriegserfrauen entzogen worden ist, die eine Erwerbsarbeit nicht leisten können, weil sie entweder kranke oder in ihrem Haushalt unabkömmlich sind.

Ministerialdirektor Lewald: Derartige Maßnahmen würden nicht im Sinne der Reichsleitung sein.

Abg. Hoch (Soz.) weist auf die Verweigerung zur dauernden Beibehaltung des Siebenstufenabstufungssystems und seiner Ausdehnung auf die Lebensmittelgeschäfte und auf den Sonnabend hin und fragt, ob der Reichskanzler diesen Wünschen Rechnung tragen will.

Ministerialdirektor Lewald: Eine Abänderung des Siebenstufenabstufungssystems während des Sommers ist nicht in Aussicht genommen, aber auch nicht die Ausdehnung auf den Sonnabend.

Abg. Rumm (Dtsch. Fr.) fragt, ob bereits Schritte im Sinne der Reichstagsbeschlüsse zur Schaffung von Kriegerheimstätten getan sind.

Ministerialdirektor Lewald: Die Kriegerheimstätten werden nach Möglichkeit gefördert. Aber vor übertriebenen Hoffnungen muß gewarnt werden.

Abg. Kühle (wld. Soz.) weist auf die Verhaftungen polnischer Sozialisten in Warschau hin und fragt, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um den Sozialisten in den besetzten polnischen Gebieten dieselbe Freiheit der politischen Betätigung zu gewährleisten, wie sie ihre Gesinnungsgenossen in Ausland haben.

Ministerialdirektor Lewald: Von den genannten Vorgängen ist dem Reichskanzler nichts bekannt. Nach Eingang der Anfrage ist eine Nachfrage nach Warschau ergangen, auf die die Antwort noch aussteht. Die Anfrage kann heute daher nicht beantwortet werden.

Abg. Kunert (Soz. Arb.) weist auf die Einstellung von in Aïn-Schrenfeld domizilierten Belgiern in deutsche Heer hin, gegen die die Betroffenen vergeblich Einspruch erhoben hätten.

Oberst Marquardt: Die Beantwortung dieser Anfrage erfordert eine Reihe von Feststellungen, die wegen der Kürze der Zeit bisher nicht möglich waren. Ich bin bereit, an einem der nächsten Tage Auskunft zu geben.

Abg. Kunert (zur Ergänzung): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß belgische Staatsbürger durch behördliche Rötigung gezwungen worden sind, ihren Fahneneid gegenüber Belgien zu brechen? (Präsident Raempf: Das ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage.)

Abg. Kunert (zur Ergänzung): Ist dem Reichskanzler bekannt, daß das Vorgehen der deutschen Militärbehörde gegenüber den Belgiern eine brutale Verletzung des Völkerechts darstellt? (Präsident Raempf: Auch dieses ist keine Ergänzung, sondern eine neue Anfrage.)

Auf der Tagesordnung stehen nunmehr die

Interpellationen der Konservativen und der Sozialdemokraten über die Kriegsziele.

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Der Reichskanzler ist bereit, die beiden Interpellationen innerhalb der in der Geschäftsordnung vorgesehenen Frist an einem mit dem Präsidenten näher zu vereinbarenden Tage zu beantworten.

— Es folgt die zweite Lesung des

Statut der Reichseisenbahnen.

Abg. Fuhs (Soz.):

Die Reichseisenbahnen liegen jetzt zum größten Teil im Okkupationsgebiet, aber man sollte doch bei der Beschränkung des Verkehrs nicht über das unbedingt notwendige Maß

hinausgehen und nicht ganze Gebiete, die ziemlich fern vom Kriegsschauplatz liegen, von jedem Verkehr ganz absperrten. Der Gedanke der Vereinheitlichung der deutschen Bahnen marschiert. — Die Lohnverhältnisse der Arbeiter und Angestellten bei den Reichseisenbahnen sind bei der gegenwärtigen Teuerung ganz unzulänglich. Bei der Lohnaufbesserung hat man den höchstbezahlten Arbeitern 8 Pf. pro Stunde zugelegt, den Arbeitern mit dem niedrigsten Stundenlohn nur 4 Pf., so daß der Entlohnungsabstand noch größer geworden ist. Die Arbeitszeit bei den Reichseisenbahnen ist eine viel zu lange. — Besonders übel sind die Pensionäre daran, die nur wenig über 60 M. erhalten. Auch ihnen sollte man Teuerungszulagen gewähren. Die Frauen sollte man zu den regelmäßigen Überstunden nicht heranziehen. Auch sollte man den Frauen für gleiche Leistung gleichen Lohn gewähren.

Die deutschen Eisenbahnen haben im Kriege sehr viel geleistet; aber die Arbeiter und Angestellten, die einen hervorragenden Anteil an diesen Leistungen haben, werden auf vielen Gebieten noch als minderen Rechtes betrachtet. Man sollte ja sogar das Hilfsdienstgesetz weitern lassen, wenn die Eisenbahnarbeiter die gleichen Rechte bekämen wie die anderen Arbeiter. Es wird so viel von der Neuorientierung gesprochen und man war gespannt, wie die oberste Leitung des großen deutschen Eisenbahnbetriebes sich die Neuorientierung denken würde. Aber Herr v. Breitenbach hat selbst die bescheidensten Hoffnungen getrübt. Warum will der Minister denn nicht den Eisenbahnarbeitern das uneingeschränkte Koalitionsrecht geben. Die Angst vor leistungsfähigen Streiks ist ganz unberechtigt, Eisenbahnerstreiks werden unter allen Umständen vermieden, wenn die Verwaltung den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft ein vernünftiges Entgegenkommen zeigt. Es gärt schon seit langem unter den Eisenbahnarbeitern. Ihren Forderungen muß Rechnung getragen werden, nur dann können dauernd gesunde Verhältnisse bei unseren Eisenbahnen geschaffen werden. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Jäger (natl.): Zündstoff ist gewiß viel unter den Eisenbahnern vorhanden, aber es wird auch manchmal solcher Zündstoff von außen hineingetragen. So hat man jetzt versucht, auch die Eisenbahner zu bewegen, sich dem Streik der Munitionsarbeiter anzuschließen. Glücklicherweise hatten die führenden Organisationen ihre Leute fest in der Hand und so wurde dieser Streik zum Wohle der Eisenbahner und des Vaterlandes vermieden. Das Streikrecht kommt für die Eisenbahner nicht in Frage, auch der neue Eisenbahnerverband hat ausdrücklich darauf verzichtet. Als Ergänzung für das fehlende Streikrecht müssen die Arbeiterausschüsse, die Schlichtungsstellen bei der Eisenbahn möglichst ausgebaut werden.

Chef der Verwaltung der Reichseisenbahnen Minister von Breitenbach:

Ich bedauere als Verkehrsminister die in den Reichslanden besonders starken Verkehrsbeschränkungen, sie sind aber aus militärischen Gründen unvermeidbar, da die Reichslande im Operationsgebiet liegen. Eine grundsätzliche Nachprüfung des Ausreichens der heutigen Beamtenbezüge wird sofort nach dem Kriege erfolgen. Anders liegt es bei den Arbeitern. Das Lohnneinkommen folgt viel unmittelbarer der jeweiligen Konjunktur. So ist schon während des Krieges eine erhebliche Erhöhung der Löhne der Eisenbahner erfolgt. Wenn für die Arbeiter der Reichseisenbahnen sind 1917 für Lohnerhöhungen 9,3 Millionen vorgesehen. Anzuerkennen ist, daß die Eisenbahner die großen Anforderungen, die jetzt an sie gestellt werden müssen, freudig erfüllen. Gegen die Auffassung, als ob die Arbeiter der Reichseisenbahnen als Arbeiter minderen Ranges behandelt würden, muß ich entschiedensten Einspruch erheben. Beweise wird der Abg. Fuhs für diese seine Behauptung nicht beibringen können. Den Beschluß des Reichstags beim Hilfsdienstgesetz hat die Eisenbahnverwaltung loyal ausgeführt. Die Arbeiterausschüsse bei der Eisenbahn sind bereits im Januar dieses Jahres im Sinne jenes Gesetzes ausgestaltet worden, sie können auch über Lohnfragen verhandeln.

Abg. Schirmer (Z.): Wir hatten erwartet, daß auch für das Eisenbahnerpersonal Arbeiterausschüsse im Sinne des Hilfsdienstgesetzes eingerichtet werden würden, die wirklichen Einfluß auf die Lohngestaltung haben. Ein solcher Ausbau der bestehenden Ausschüsse wäre sehr wünschenswert.

Abg. Warmuth (Dr. Fr.): Bedauerlich und erstaunlich ist, daß die Eisenbahnverwaltung nicht Gebrauch macht von dem neuen Wasserlaufapparat des Ingenieurs Kunert, durch den die Leistungsfähigkeit der Lokomotiven ganz gewaltig erhöht werden würde.

Abg. Wetlein (Sp.) bedauert, daß die aus dem Handwerkerstande hervorgegangenen Beamten schlechter gestellt sind als die anderen Beamten. Dem dringenden Wunsch des Reichstages nach Einführung von Arbeiterausschüssen im Sinne des Hilfsdienstgesetzes sollte sich der Minister nicht länger widersetzen.

Abg. Haags (Lp.): Heute sind die Eisenbahnen die Kräfte der Heere. Die Armeen marschieren auf den Eisenbahnen. Die Eisenbahner haben ihre volle Pflicht getan. Um so mehr sollte man ihren berechtigten Wünschen entgegenkommen.

Abg. Werner-Hersfeld (D. Fr.) tritt für Besserstellung der Werkmeister ein.

Chef der Verwaltung der Reichseisenbahnen v. Breitenbach: Neber die Frage des Wasserlaufapparats sind sich die Techniker noch nicht einig, sie wird aber jedenfalls weiter geprüft. Auf dem Gebiete des Lokomotivbaues ist die preussisch-bessische Eisenbahnverwaltung stets führend vorgegangen. Der Einführung der Heißdampfmaschine haben wir unsere wirtschaftlichen und zum Teil auch unsere Kriegserfolge zu verdanken. (Bravo)

Abg. Fuhs (Soz.): Die Zahlen, die der Minister über die erfolgten Lohnerhöhungen angeführt hat, können wir nicht nachprüfen, da uns der sonst übliche Verwaltungsbericht auch im dritten Kriegsjahr leider nicht vorgelegt worden ist. Davon, daß der Minister den Wünschen des Reichstags in der Frage der Arbeiterausschüsse gewissenhaft nachgekommen sei, haben die Arbeiter bis heute nichts gemerkt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Der Etat wird bewilligt. Es folgt der

Militäretat.

Nachdem Abg. Rebel (Z.) über die Kommissionsverhandlungen Bericht erstattet hat, nimmt das Wort

Kriegsminister von Stein:

Unsere Truppen kämpfen draußen an der entscheidenden Front unserer Heere mit unergleichlicher Tapferkeit, Hingabe, Treue und Selbstüberwindung. Wir werden kaum in der Lage sein, von unserem nahen Standpunkt aus die Leistungen aller dabei Beteiligten, vom Obersten bis zum geringsten herunter, richtig bewerten zu können. Das wird erst nachher durch Geschlechtern beschieden sein. Unsere Armeen draußen haben den Kampf aufgenommen und führen ihn durch in dem vollen Vertrauen und Bewußtsein, daß hinter ihnen die Heimat steht und das gesamte Volk unser Volk, welches ebenso in den Kampf verwickelt ist durch die tägliche Not, die der Krieg heraufbeschworen hat und das trotzdem für die kämpfenden Truppen alles geleistet hat, was zur Durchführung des Kampfes unumgänglich notwendig war. Unsere Armeen sind in der vollen Zurechnung, daß das so bleiben wird.

Gegenüber den großartigen Leistungen der Truppen sind naturgemäß manche Wünsche laut geworden, die sich auf die Bewertung auch des einzelnen Mannes, beziehen. Da spielt in erster Linie eine Rolle

die Behandlung.

Das Kapitel der Mißhandlungen ist ja ein höchst wunder Punkt, der lange Jahre die Beteiligten, wie das Volk, beschäftigt

hat. Ich bin dankbar, daß meine Vorgänger in demselben Sinne in dieser Beziehung gearbeitet haben, wie ich das Bestmögliche forzusetzen. Wir werden heute ich von vielen Seiten gehört, daß von der Front her wenig Klagen über Mißhandlungen eingelaufen sind. Das ist natürlich, da dort die gemeinsame Gefahr, der gemeinsame Kampf und die Kameradschaft diese Sachen leichter überwinden lassen. In übrigen sind mehr Klagen eingegangen. Man muß dabei berücksichtigen, daß bei der Ausübung in der Heimat vielfach Kräfte beschäftigt sind, die von der Front kaum hergestellt, zurückkommen und unter Umständen noch angegriffen sind.

Dies kann erklären, aber nicht entschuldigen.

Ich werde auf jeden Fall rücksichtslos gegen diese Sachen vorgehen und werde vor keiner Person dabei Halt machen. (Bravo!) Ich habe von der Zeit meines Soldatens in der immer nur mit einer gewissen Verachtung diese Dinge gesehen, denn ich halte es für unmöglich, denjenigen, der durch seine Lage ohnehin der schwächere Teil ist, in irgendeiner Weise zu verzeihen. (Sehr richtig und Bravo!) In dieser Zeit, wo alle Kräfte zusammenwirken für das Vaterland, ist es selbstverständlich, daß die Würde des einzelnen gewahrt werden muß. Die Frage hängt eng zusammen mit der Disziplinarstrafesache. Da hat sich ein Unwille erhoben gegen die Art der Durchführung des strengen Kerker durch Anbinden. Es ist keine Frage, daß das eine sehr schwere Strafe ist, die viele Nachteile im Gefolge haben kann. Seine Wichtigkeit hat schon vor längerer Zeit den Befehl gegeben, daß die Vollstreckung dieser Strafe auf äußere Weise eingeschränkt werden soll und daß jeder Vorgesetzte, der ihre Vollstreckung anordnet, unter strenge Kontrolle gestellt wird, indem er sofort der vorgesetzten Dienststelle Meldung machen muß über den Grund und die näheren Umstände. Ich kann es sehr wohl verstehen, wenn man im Vertrauen der Heberzeugung von der Richtigkeit dieser Strafe redet. Unter Umständen aber kann sie doch geeignet sein, schwere Folgen zu verhüten. Trotz alledem stehe ich auf dem Standpunkt, daß man es der Gesamtheit der Armee zutrouen kann, daß diese Strafe fällt. (Sehr richtig!) Ich habe allerdings viele Stimmen gehört, darunter auch solche, die auch ihnen bei vielen Gelegenheiten wichtig und bedeutungsvoll vorkommen sind, die die schweren Bedenken hatten, von dieser Strafe Abstand zu nehmen. Trotz alledem habe ich schon nach dem Vorgang des obersten Kriegsrichters, der gesagt hat, wie er sich zu dieser Strafe stellt, die nötigen Schritte getan, damit auch diese

#### als Schandfleck unserer Armee

erscheinen können Strafe verschwindet. (Bravo!)

Was das Beschwerderecht anlangt, so ist unsere Beschwerdeordnung nicht so rücksichtig, seitdem darin aufgenommen ist, daß der Mann, der sich beschweren will, sich sofort an seinen Hauptmann wenden kann. Dadurch werden all die kleinen Unbilligkeiten vermieden, die am ersten genügt sind, ihm Steine in den Weg zu werfen. (Sehr richtig!) Der alte gute Hauptmann, den wir vom Frieden her kennen, der jeden Mann kannte von seiner Kompagnie und für jeden sorgte, der beim Marschieren wie ein Schäferhund seine Kompagnie umkreiste und alles sah, der sie ja leider auf unseren vielen Schlachtfeldern liegen gelassen, aber an Stellen verfehlt, wo seine Vorgesetzten in höheren Chargen verschwunden sind. In seine Stelle sind jüngere Elemente getreten. Aber der große Zusammenhang der gemeinsamen Gefahr und die Kameradschaft gleichen doch vieles aus, und wir dürfen hoffen, daß die genau unterrichteten Vorgesetzten wieder erscheinen werden. Was bei unserer Beschwerdeordnung vielleicht am meisten angreifbar ist, könnte der Umstand sein, daß der Mann, der eine ungerichtete Beschwerde, Leichterfertigkeit oder in der Form falsche Beschwerde einbringt, strafbar ist. In der Praxis entscheiden die höheren Stellen — wie ich das auch wiederholt getan habe — häufig, daß der Mann nicht zu bestrafen ist. Es ist aber wohl besser, daß dies nicht dem Ermessen der einzelnen überlassen bleibt, sondern daß darüber auch allgemeine Bestimmungen erlassen werden. Selbstverständlich muß die bewußt unwahre Beschwerde, die alle möglichen bösen Folgen nach sich ziehen kann, strafbar bleiben.

Wir müssen auch der Behandlung unserer Gefangenen in Feindesland gedenken. Ich habe das letztemal darüber gesprochen und ich würde ungerne sein, wollte ich heute nicht sagen, daß wir bei unseren letzten Verhandlungen bei den französischen Kommissaren ein

#### großes Entgegenkommen

gefunden haben. Alle deutschen Gefangenen sollten aus der Gefangenschaft bis auf 30 Kilometer hinter der Front zurückgezogen werden, und die französische Regierung hat um Frist bis zum 1. Mai zur Ausführung der Maßregel, dann sollten auch wir die französischen Gefangenen entsprechend zurückziehen — gewiß ein Entgegenkommen, da unsere Maßregel abhängig gemacht wurde von der Vollendung der französischen Maßregel. Wir haben sofort nach dem 1. Mai, nachdem wir uns überzeugt hatten, daß die französische Forderung erfüllt war, die Maßregel durchgeführt, und ich hoffe sehr viel schneller als es in Frankreich geschehen ist. Unter der tätigen Mitwirkung der Schweizer Regierung haben die französischen Kommissare auch zugestimmt, sich für eine noch weitere Zurückziehung der Gefangenen hinter der Front einzusetzen. Die Zustimmung der französischen Regierung ist noch nicht eingegangen. Die Maßnahme wäre wichtig, denn je näher an der Front, um so größer ist naturgemäß auch die Erörterung und der Maß der Verbesserung und um so schlimmer die Behandlung der Gefangenen. Leider haben wir auch hier erfahren, daß einige unserer Gefangenen an der Front sehr unwürdig behandelt worden sind, um von ihnen alle möglichen Aussagen zu erpressen. Wir haben die französische Regierung nicht in Zweifel gelassen, daß wir sofort Gegenmaßnahmen ergreifen werden. (Bravo! rechts.)

Auf Einzelheiten gehe ich nicht ein, eine Ausnahme mache ich nur mit der neuen Position für die Hauptlabettenanstalt. Ich habe nicht die Hoffnung, daß nach Beendigung dieses Krieges ein ewiger Bürgerfrieden eintritt. In einer Zeit, wo zwei große Völker, die bisher nicht daran gedacht haben, große Heeresmassen zu halten, daran gehen, sich große Heere zu schaffen, sind die Aussichten auf einen ewigen Frieden nicht groß. (Sehr wahr! rechts.) Wir müssen uns also vorbereiten, unseren Nachfahren das zu bewahren, was wir ihnen erkämpfen. Nun sind ja über die Kadettenanstalten manche Beschwörungen erhoben. Ich habe mich mit der Materie nicht beschäftigt, ich selbst bin nicht Kadett gewesen. Aber gar so schlecht kann es mit ihnen doch nicht bestellt sein, sind doch Männer wie Hindenburg und Ludendorff aus ihnen hervorgegangen. Ich werde aber prüfen, ob Änderungen nötig sind, das Regulative ist nicht ganz neu, es stammt aus dem Jahre 1898. (Weiter links.)

Ziel gestellt wird auch über den Bürokratismus. Durch ihn ist aber eine große Gewissenhaftigkeit der Arbeit erzielt. Wenn ein Einzelner zu entscheiden hat, ist das gewiß ein kürzerer Weg. Bei den Klagen über den Bürokratismus ruft man oft noch starken Männern, die sich durchsetzen und schnell handeln. Das kann der Einzelne aber nur unter Beteiligung von Bestimmungen und dann wird wieder darüber gesprochen.

Von mir selbst spreche ich ungern, muß aber heute eine Ausnahme machen, um meine Lage zu kennzeichnen. Ich habe den ganzen Feldzug mitgemacht und noch keinen Tag Urlaub gehabt. Meine Leute lagen Kopf an Kopf mit dem Feinde und ich konnte es nicht verantworten, sie zu verlassen. Nach einer vierwöchentlichen Schlacht wurde ich an diese Stelle berufen. Ich war niemals im Kriegsministerium und die Arbeit hier würde für mich ganz unmöglich sein, wenn nicht ein Stab von erfahrenen, freudigen, arbeitssamen Menschen umgeben hätte, die Tag und Nacht ihre ganze Kraft in den Dienst stellen. (Bravo! rechts.) Wenn also nicht alle Wünsche und Klagen in dem schnellsten Tempo erledigt werden können, wie die Ungeduld es wünscht, so bitte ich das zu bedenken, besonders zu einer Zeit, wo ich neben meinen Arbeiten anderer Art alle Aufmerksamkeit richten muß auf

die Kameraden an der Westfront, und mich verpflichtet halte, dafür zu sorgen, daß ihnen alles zugeführt wird, was ihnen Mittel und Gelegenheit gibt, den Kampf durchzuführen, damit wir das erreichen, was wir alle wünschen: den ehrenvollen Frieden. (Lebhafter Beifall.)

#### Abg. Schöpflin (Soz.):

Den Leuten draußen soll man nicht mit Worten danken, sondern mit Taten. Der Kriegsminister hat recht, daß der bürokratische Weg sehr langsam ist, aber so besonders sicher ist er darum doch nicht. Die Worte des Kriegsministers in allen Ehren, aber die Vorhoffe löse ich wohl — ich will nicht sagen, mir fehlt der Glaube, aber er ist nicht sehr stark. In der Kommission ist der Kriegsminister auf unsere Klagen so gut wie gar nicht eingegangen, er sah auf seinem Stuhl wie ein kleinerer Gast.

Die täglichen Verleumdungen im Felde sind zweifellos geringer geworden, dafür sind aber die

#### wörtlichen Verleumdungen außerordentlich geworden.

Dagegen könnte Abhilfe geschaffen werden, wenn mit der Energie vorgegangen wäre, die wir verlangt haben. Eine Hauptklage der Leute ist, daß sofort, wenn sie von der Front in Ruhestellung gehen, der schlimmste Droll einsetzt. Hunderte von Klagen laufen ein über die Art, wie draußen gebüßt wird. Leute, die seit zwanzig bis dreißig Monaten im Felde stehen, die in den Karpaten, in Rumänien, in Galizien, in Russland, Belgien, Frankreich gekämpft haben, werden in schlimmster Weise gedrillt, sobald sie in Ruhestellung kommen. Das muß eine böse Stimmung erzeugen. (Lebhafter Beifall!) Diejen umhülligen Droll kann und muß die Militärverwaltung ein Ende machen. Ich muß einiges überwinden, um in der Minute, wo in Frankreich die furchtbaren Kämpfe stattfinden und die deutschen Truppen Uebermensliches leisten, hier im Reichstag auszuführen, wie die Leute zum Teil behandelt werden. Das hätte verhindert werden können. Der Kommandeur, der einstlich Beschimpfungen und Mißhandlungen wegmachen will, räumt sie auch weg. Wenn z. B. ein Kompanieführer vor seinen Rekruten, von denen der jüngste ein 17-jähriger Landsturmmann ist, ausführt: Wenn ich mich ärgere sage ich: Ihr Stiere, Ihr Hundsfütter, Ihr Idioten, aber das ist alles nicht persönlich, das ist nur sachlich (Lachen d. d. Sozialdemokr.) — so kann man sich denken, wie es wirkt, wenn dieser Herr persönlich wird. Die schlechte Behandlung der Mannschaften im Zug nimmt zu, je weiter man nach dem Osten kommt. Diesem Unwesen entgegenzutreten, ist des Kriegsministers militärische Verpflichtung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Besondere Beschwerden liegen in der Urlaubsfrage vor. Es ist versprochen worden, daß mindestens jährlich einmal Urlaub gewährt werden soll. Trotzdem haben wir noch heute die ständischen Fälle, daß Leute 18 Monate, zwei Jahre draußen gewesen und noch gar keinen Urlaub bekommen haben. (Hört, hört!) Dagegen haben andere vielfach Urlaub erhalten. Die

#### Wüstlingswirtschaft

feiert eben leider auch jetzt draußen im Felde ihre Orgien. Der Kriegsminister hat gesagt, er habe auch noch keinen Urlaub erhalten. Das behauere ich. Aber ein kleiner Unterschied ist es doch, ob ein kommandierender General die ganze Zeit draußen ist oder ein Mann, der ständig im Schützengraben. Der Resolution auf Erhöhung der Mannschafszahlen empfehle ich dringend zuzustimmen. Durch die Dauer des Krieges wird diese Frage immer wichtiger. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte den Reichstagspräsidenten, hier nicht länger die Quelle des Widerstandes zu sein. Ebenso wichtig ist Gewährung eines zweiten Budgetes an Leute, die zwei Jahre im Felde stehen. Viele Leute draußen haben überhaupt noch kein Budget erhalten. (Hört, hört!) Sehr lebhaft wird geklagt über die Verpflegung. An der Front ist sie allerdings besser geworden, insbesondere dort, wo schwer gekämpft wird. Aber schwere Klagen kommen aus der Stappe, vor allem aus der Heimat. Bewußt müssen wir versucht hauswirtschaftlich wirtschaften, um durchhalten zu können. Aber was die Soldaten bekommen, sollte wenigstens möglichst gut zubereitet sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem darf der Unterschied zwischen der Verpflegung der Offiziere und den Mannschaften nicht so groß sein. Die Offiziere, die im allgemeinen noch sehr gut leben, hätten die Pflicht, auch für ihre Soldaten zu sorgen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso wird geklagt über das Kantinewesen. Ich gebe zu, daß es schwer ist, die befriedigenden Reformen durchzuführen. Zum mindesten sollten die Kantinenüberschüsse den Soldaten wieder zugute kommen. Ein Ersatzbataillon hat schon im vorigen Jahre 60000 M. Kriegsanziele zeichnen können. (Hört, hört!) Das beweist, welche Ueberschüsse erzielt werden. Die Unterstützung Verwundeter ist Sache des Reiches, dazu dürfen nicht noch Fonds aus den Groschen der Soldaten aufgespart werden. Die Preise in den Kantinen sind meist viel zu hoch. Es kommt auch vor, daß die Offiziere durch ihre Burschen die Waren in den Kantinen in großen Kosten aufkaufen und nach Hause schicken, und zwar als Dienstgepäck. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Das muß auf die Soldaten, die die dann nicht mehr bekommen können, außerordentlich verhängnisvoll wirken. (Sehr wahr!) Auch bei den Offiziersburschen herrscht große Wüstlingswirtschaft. Sie bekommen alle Augenblicke Urlaub im Gegensatz zu den anderen Soldaten. Vielfach laufen die hohen Offiziere in der Stappe Lebensmittel und Vieh ausschließlich für ihre persönlichen Zwecke auf. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein großer Unfug ist es, daß höhere Offiziere, drei, vier Burschen halten. Da kommen ganze Armeekorps heraus! Heute, wo fast der letzte Mann eingezogen wird, müssen solche Mißstände verschwinden. Ich bringe diese Beschwerden nicht etwa auf Grund vereinzelter Soldatenbriefe, sondern als Niederlag des Studiums von Hunderten und Tausenden von Soldatenbriefen, in denen sich immer dieselben Klagen finden. Da kann man nicht einfach alles auf die nervöse Stimmung, die draußen herrsche, zurückführen, wie das in der Kommission geschehe.

Eine weitere Resolution verlangt, daß auch Soldaten Offiziere werden können. Selbstverständlich ist die Forderung berechtigt, aber ob die Annahme der Resolution hier Erfolg haben wird, bezweifle ich. Mühen doch im deutschen Heer Oefterreicher, die dort bereits Zugführer waren, wieder als Gemein角度gen. (Hört, hört!)

Ferner bitte ich Sie, einer von uns gestellten Resolution zuzustimmen, wonach der Reichskanzler dafür sorgen soll, daß die von verschiedenen selbstbetreibenden Generalkommandos erlassenen Bestimmungen über Arbeitshilfe in der Land- und Forstwirtschaft, die mit den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes in Widerspruch stehen, aufgehoben werden. Das sächsische Kriegsministerium hat in einem Falle einen Lohn von 11,50 M. in der Woche für Arbeiterinnen für genügend erklärt! (Hört, hört!) Was das Kapitel Politik im Heere betrifft, so ist es merkwürdigerweise vorgekommen, daß man der Verbreitung der „Sozialdemokratischen Feldpost“ Schwierigkeiten gemacht hat. Ich hoffe, es wird diese öffentliche Kritik genügen, damit solche Dinge sich nicht wiederholen. Die Verlustlisten haben sich ständig verschlechtert; es ist jetzt fast unmöglich, einen bestimmten Mann herauszufinden. — Zu beklagen ist die Tatsache, daß das Anbinden befristet werden soll. Hoffentlich wird diese Forderung auch schnell bei allen Truppenstellen durchgeführt. Leider ist der preussische Kriegsminister in diesen Fällen gar nicht imstande, das durchzuführen, was er will. — Zum Schluß ein Wort an General Gröner. Sein

#### Erlaß an die Munitionsarbeiter

hat einiges Aufsehen erregt. „Wer wagt es, nicht zu arbeiten, wenn Hindenburg befiehlt“ usw. hieß es da. Ich nehme keinen Anstand, die Streiks gerade in dieser kritischen Situation zu verurteilen. Aber wenn die Streiks benutzt werden, um zu heben gegen die Organisationen, so weisen wir das Treiben dieser reaktionären Kreise auf das entschiedene zurück. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Aufruf des General Gröner war um so auffälliger, als derselbe Herr in der Kommission sich sehr ruhig und für einen General sehr verständlich über den Streik aussprach. Was glaubte General Gröner mit diesem Erlaß zu erreichen? Ich bitte ihn in Zukunft, solche temperamentsvollen Erlasse nicht mehr herauszugeben. Es gibt geschicktere und geistreichere Schwandbretter. Der Hauptgrund des Streiks war die Mützung der Brotkrone. Kann man es den Arbeitern verübeln, wenn ihnen bei den Ernährungsbeschwerden mal der Geduldsfaden riß? Sie müssen ja ausbaden, was die Regierung 2 1/2 Jahre gesündigt hatte, obwohl sie von den Vertretern der Arbeiter gleich bei Beginn des Krieges auf die notwendigen Maßnahmen hingewiesen war. Und dazu kam die Friedensschonung. Angesichts dieser Umstände war es am wenigsten angebracht, die Arbeiter anzuhängen, wie ein Heubüchel seine Untergebunden. Auch das Hineinziehen des Generalstabes in die Hindenburg macht die Sache nicht besser. Auf ihm lastet eine militärische Verantwortlichkeit und es ist eine Unflut, seine Person in alle möglichen Dinge hineinzuziehen. Ich hoffe, daß es nicht weiter geschieht. Bei solchem Vorgehen könnten wir doch zu schweren inneren Situationen kommen. Die Arbeiterschaft ist sich ihrer Aufgabe in dieser Zeit bewußt. Noch ist der Kampf nicht zu Ende. Und so notwendiger ist es, daß die Hege in der Presse der Rechte gegen die Arbeiter unterbleibt. Es gibt einen Moment, wo der Geduldsfaden reißt. Wir wollen aber hoffen, daß er bei den Arbeitern nicht reißt. Mögen die Herren von der Rechten das Ihrige dazu tun. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Generalleutnant Gröner:

Ich habe mich gefreut, daß Herr Schöpflin über den Streik Worte gefunden hat, die mit meinen Anschauungen übereinstimmen. Er hat selbst gelegentlich betont, daß es Dinge gibt, die man deutlich bezeichnen muß. So hielt ich es auch nach dem 18. April — das war der Tag, von dem an die Gemütsfreiheit aufgehört und aufgehört mußte — für notwendig, einmal ein ganz deutliches und kräftiges Wort unserer deutschen Arbeiter zu sagen, weil ich das Vertrauen habe, daß in der Masse der Arbeiter doch noch das Gefühl für ein deutliches und offenes Wort vorhanden ist. Nicht nur den Arbeitern, sondern dem ganzen Volk mußte einmal klar und deutlich gesagt werden, welche ungeheuerlichen Verbrechen Streiks in der gegenwärtigen Lage sind. Mit diesem Aufruf spreche ich aus der Seele des ganzen Heeres. Ich bin mit dem Aufruf hervorgetreten aus dem Gefühl der schweren Verantwortung für die Verfassung des Heeres mit Waffen und Munition heraus, und jeder Mann in den Granatbüchsen und den Maschinengewehrnestern weiß mir Dank dafür. Daß den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung getragen werden muß, habe ich in der Kommission mit derselben Deutlichkeit erklärt. Ich verkenne nicht, daß die Organisationen der Arbeiter sich alle erdenkliche Mühe gegeben haben, auf sie einzuwirken. Daß sie eine andere Sprache reden, ist selbstverständlich, aber sie müssen mir erlauben, meine Sprache zu reden. (Jurufe bei den Sozialdemokraten.) Ein deutliches Wort hat bisher noch jeder vernünftige Deutsche ertragen können. (Jurufe: Das waren Beschimpfungen!) Einmütig muß jetzt die Heberzeugung herrschen, es muß Ruhe sein in der Arbeiterschaft, und unter der Arbeiterschaft verstehe ich das ganze Volk. Es muß einer für alle und alle für einen stehen. Mein Aufruf ist keine Schimpferei, sondern der deutliche Ausdruck dessen, was ich fühle. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Stein: In der Frage des Anbindens erwildere ich dem Abg. Schöpflin lebhaft, daß ich noch nie Leere Worte gemacht habe, er möge mein Handeln abwarten.

Das Haus verlegt sich.

Präsident Dr. Aernpf stellt mit drei verschiedene Interpellationen eingegangen sind. 1. Eine sozialdemokratische Interpellation, was der Reichskanzler zu tun gedenkt, um dem Zustand ein Ende zu bereiten, daß durch den Militärbefehlshaber in Elsaß-Lothringen anbauern gegen die elsaß-lothringische Verfassung, gegen das Schußwaffengesetz und gegen die Immunität der Reichstagsabgeordneten verstoßen wird. 2. Eine Interpellation Haug (W.), die außerdem darauf hinweist, daß durch die Militärbehörden in Elsaß-Lothringen der Zusammenritt des Landtags, der alljährlich den Wahl festzusetzen hat, verhindert worden ist.

Diese Interpellationen werden auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung (Beginn 12 Uhr) gesetzt und außerdem die Fortsetzung der Beratung des Militärrechts.

Schluß gegen 7 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Polenfragen im Hauptauschuß.

In Fortsetzung der Debatte über die besetzten Gebiete spricht Raumann (Sp.) über Polen. Er tadelt die Rücksichtslosigkeit bei Entnahme von Rohstoffen, namentlich in Holz und die Nichtberücksichtigung der Juden bei der Beschäftigung von Arbeitskräften. Er verlangt Umwandlung des Staatsrats in ein wirkliches Ministerium. — War muth (Dsch. Fr.) findet dagegen die Vollmachten des Staatsrats jetzt schon zu weitgehend. — Major Köhler erklärt, der Lodger Industrie gegenüber sei nicht anders vorgegangen worden, als gegenüber der deutschen; Härten sollten durch Entschädigung gemildert werden. — Cohen-Reuch (Soz.) kritisiert scharf die Zustände in Lodz unter dem Fürsten Jenuburg-Würstein und seinem Untergouverneur Nord von Wartenburg. Letzterer sei endlich auch seines Amtes entsetzt worden. Der Fürst aber, der noch immer auf seinem Hofe sei, habe die politische Presse unterdrückt, Epichelwirtschaft gestiftet, die Lebensmittelferzeugung vernachlässigt. — Gotthein (Sp.) bestätigt diese Klagen. Der Fürst von Jenuburg bleibe auf seinem Posten wegen seiner hohen Verbindlichkeit. Polen müsse selbständiges Vollgebiet werden mit Vorzugsbestimmungen für die Ausfuhr nach England.

Es wurde festgestellt, daß die für die Vorgänge in Polen verantwortlichen Herren vom Reichsamt des Innern nicht anwesend sein können, da sie im Verfassungsausschuß unabhänglich seien. Infolgedessen mußten die Verhandlungen auf Sonnabend verlegt werden.

### Ernährungsfragen im Reichstagsauschuß.

In einer Debatte über die Höchstpreise für Frühgemüse sprach sich am Freitag Oes (nat.) gegen die Preisfestsetzung aus, die Schmidt-Berlin (Soz.) für dringend nötig erklärte, um Preisverhinderung zu verhindern. Der Redner tadelt die hohen Aufschläge der Gemeinden, namentlich in Berlin, wo der Preis um mehr als die Hälfte gesteigert werde.

Der Leiter der Reichsgemeinschaft von Tilly erklärte, daß die Höchstpreise auch für Frühgemüse aufrechterhalten werden. Für die nächsten vierzehn Tage sei ihre Erhöhung bis zu 50 Proz. zulässig, dann werde die Senkung erfolgen. Die Produktion von Frühgemüse und Kirschen leide darunter, daß sich ungeeignete Leute in die Fabriken einbrügten. Das Ziel ist, im nächsten Jahre pro Kopf und Monat zwei Pfund Kirschen zu verteilen. Spargel dürften in diesem Jahre nur vierzigtausend Zentner konserviert werden (gegen 280 000 im Vorjahre), um den Verkauf von frischem Spargel zu erzwingen.

Zur Zuckerfrage wird mitgeteilt, daß 600 000 Zentner für Kirschen verteilt sind. Wer keinen Zucker erhalte, solle künftig mehr Kirschen oder Kunstsüßholz bekommen.

Zur Eierversorgung wird die Höhe der Aufschläge — 8 bis 10 Pf. pro Ei — lebhaft kritisiert, sie wird jedoch von Regierungseite für angemessen erklärt.

### Das Glend des unehelichen Kindes.

Als Referent gab Abg. Dr. Quard (Soz.) eine knappe, aber erschöpfende Darstellung der internationalen Rechtslage unehelicher Kinder. Norwegen mit seinem außerordentlich fortschrittlichen Zu-

Vertrag von 1909 marchiert an der Spitze, hat für Kinder, deren Eltern nicht untereinander die Ehe geschlossen haben, die fortgeschrittenen und durchgreifendsten Bestimmungen, während das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch mit seiner Verletzung der Erb- und Kindesrechte gegenüber dem Vater zu unfählichen Händen führt. Die Väter jeder Klasse benutzen diese Bestimmungen als misskommenes Mittel, die Alimenterprozesse ins Unendliche zu verschleppen und manche uneheliche Mutter hat deshalb schon Selbstmord begangen, während ihr Kind dem Elend anheimfiel. Die Regierung hat am 17. Februar im preussischen Abgeordnetenhaus in Aussicht gestellt, daß man alle Reimobier der unehelichen Mutter zum Unterhalt des Kindes heranziehen könne. Das würde nur eine Verzehnfachung des Prozentsatzes bedeuten. Dessen kann nur volles Erbrecht nach dem Vater, Unterhaltspflicht über das 16. Jahr, Ausdehnung der Erbschaftsregeln wie bei den ehelichen Kindern, schärfere Strafbestimmungen für Väter, die sich böswillig der Unterhaltspflicht entziehen, sowie Hebertragung der Fürsorge auf die Vormundschaftsverbände mit Nachschuß und geschlossener Hebernahme der Berufsvormundschaft durch diese. Eine Reihe kleinerer Reformen bleibt noch zu erwägen. Wie bei den Geschlechtskrankheiten muß die Gefangenschaft aufhören, der Frau allein die Last aufzuladen. Das bevölkerungspolitische Interesse des Reichs, das alle nur erreichbaren Kinder zum Aufstieg sich erhalten muß, verlangt gebieterisch die dargelegten Reformen.

Abg. Dr. Rappender (Zentr.) berichtet über die Frage der unehelichen Kinder im belgischen Belgien. Die beiden Referenten sollen entsprechende Schritte bei der Regierung vorbereiten.

In der Diskussion gibt Abg. Dr. Dronke als Regierungsvertreter zu, daß bevölkerungspolitische Rücksichten jetzt in und nach dem Kriege ein neues Moment werden können, das den Standpunkt des Bürgerlichen Gesetzbuchs verändern kann. — Abg. Mumm ist für Beilegung der „Einrede der Mehreren“ im Bürgerlichen Gesetzbuch. — Abg. Neerfeld (Soz.) tritt für die Dringlichkeit der Reform ein, die er erst kürzlich als Kölner Gewerksamer in mehreren Kindermord- und Abtreibungsprozessen kennen gelernt hat.

Schließlich wird eine Unterkommission zusammen mit dem Referenten mit der Ausarbeitung der Anträge betraut.

### Die Aufhebung der Geändereordnung im Petitionsausschuß des Reichstags.

Eine Eingabe des Zentralverbandes der Hausanarchisten, Sig. Berlin, kam in der Debatte zur Sprache. Der Referent Dr. v. Sog. erinnerte daran, daß der Reichstag und die Petitionskommission wiederholt die Reform des Geänderechts gefordert hätten, aber beim Bundesrat auf Ablehnung gestoßen seien. Es entspann sich eine längere Debatte darüber, ob die Reichsgesetzgebung zuständig sei, was von den Sozialdemokraten entschieden bejaht wurde. Die Aussprache wird in der nächsten Sitzung fortgesetzt.

## Landwirtschaft und vaterländische Hilfsdienstpflicht.

Die Einbeziehung der Landwirtschaft unter die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes wurde allgemein begrüßt. Daß durch die Schaffung der Schlichtungsstellen auch den Landarbeitern Rechte zugewidmet wurden, ist nur gegen starken Widerstand der Agrarier erreicht worden. Daher liegen auch sofort die Bestrebungen jener Kreise ein, um den ländlichen Arbeitern und Arbeiterinnen die erzwungenen Rechte wieder zu nehmen.

Leider mit fast vollem Erfolg. Denn durch die Erlasse der Generalkommandos auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand sind die Vorteile des Hilfsdienstgesetzes, soweit diese für Arbeiter gelten, erheblich eingeschränkt worden.

In der Nummer des Organes des deutschen Landarbeiterverbandes „Der Landarbeiter“ wird hierüber folgendes veröffentlicht:

„In den letzten Wochen sind uns Erlasse des stellvertretenden Generalkommandos bekannt geworden, nach denen nicht nur die Freizügigkeit der Landarbeiterschaft in weitgehendem Maße aufgehoben ist, sondern auch zugleich der Arbeitszwang eingeführt wird, der auch eine zwingende Festlegung der Lohnhöhe in sich schließt. Das letztere ist für uns die bedenklichste Seite dieser neuen Verfügungen.“

So veröffentlicht der Oberbefehlshaber in den Marken folgende Bekanntmachung:

„Auf Grund des § 5b des Gesetzes über den Belagerungszustand ist männlichen und weiblichen Personen, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, verboten, ohne schriftliche Genehmigung des Amtsvorstehers (in den Städten des Bürgermeisters) in eine andere als land- oder forstwirtschaftliche Beschäftigung überzutreten. Jugendliche Personen, die in einem Arbeitsverhältnis noch nicht gefast haben, dürfen ohne Genehmigung eine andere als landwirtschaftliche Beschäftigung nicht annehmen. Die Genehmigung ist nur zu erteilen, sofern die landwirtschaftliche Erzeugung nicht beeinträchtigt wird.“

Jede männliche oder weibliche Person ist verpflichtet, auf Anforderung der zuständigen Behörde ihrer Wohn- oder Nachbargemeinde gegen den ortsüblichen Lohn eine ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende landwirtschaftliche Arbeit zu übernehmen, soweit es ohne wesentliche Schädigung ihrer eigenen Verhältnisse geschehen kann.

Die Anforderungen erfolgen in den Städten durch den Bürgermeister, im übrigen durch den Amtsvorsteher. Sie dürfen nur erfolgen, wenn sie unbedingt erforderlich sind, um den Ertrag des Bodens, insbesondere die Befestigung der Felder oder die Einbringung der Ernte sicherzustellen. Unter dieser Voraussetzung ist eine Veranlassung auch an Sonntagen zulässig.

Zeugnisse von Arbeits- oder anderen beamteten Werzten freieren, soweit sie die Unfähigkeit zu der aufgetragenen Arbeit bezeugen, ohne weiteres von der Verpflichtung zur Arbeitsleistung.

Gegen die Verweigerung der Genehmigung sowie gegen die Veranlassung zur Arbeit und gegen die Festsetzung der Entlohnung steht die Beschwerde an den Landrat und gegen dessen Bescheid die weitere Beschwerde an den Regierungspräsidenten offen. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Die Entscheidung des Regierungspräsidenten ist endgültig. Wer der Verordnung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis, Haft oder Geldstrafe bestraft.

Diese Verordnung tritt mit dem 18. April bis zum 15. Oktober 1917 in Kraft.

In dem Erlaß des Generalkommandos des IX. Armeekorps ist wenigstens gesagt, daß das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst durch diese Verordnung nicht berührt wird, während ein derartiger Hinweis in anderen Verordnungen wie auch der des Oberkommandos in den Marken fehlt.

Werden diese Verordnungen strikte durchgeführt, dann kann von einem Recht der ländlichen Arbeiter nicht mehr gesprochen werden. Mit dem Hinweis, daß Beschwerde bis zum Regierungspräsidenten zulässig ist, ist der Landarbeiterschaft nicht gedient. Die Erfahrungen, die mit diesen Stellen bisher gemacht wurden, ermuntern wahrlich nicht dazu, von jenen Stellen zu erwarten, daß die Landarbeiterverhältnisse gebührend beachtet werden.

Sofort nach Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes ist auf Drängen der Landwirte beim Kriegsamt ein Ausschuß zur Förderung der Landwirtschaft gebildet worden. Alle landwirtschaftlichen Arbeitgeberkreise sind darin vertreten. Obwohl diesem Ausschuß auch die Arbeiterfrage überwiegen ist, wurde es seitens des Kriegsamts bisher grundsätzlich abgelehnt, weder unserem Verband noch dem christlichen Landarbeiterverband in diesem Ausschuß eine Vertretung zuzubilligen. Wir führen dies auf den Einfluß der landwirtschaftlichen Arbeitgeberkreise zurück.

Da wir zu den Beratungen nicht zugelassen werden, sind wir nun gezwungen, öffentlich die Frage aufzuwerfen, ob denn alles nur zugunsten der Arbeitgeber erledigt werden soll und die ländliche Arbeiterkraft alles ruhig hinzunehmen hat.“

Es wird dann an einzelnen Fällen darauf hingewiesen, daß heute noch den Frauen Verdienste von 80 Pf. pro Tag bezahlt werden, wobei diese Arbeiterinnen keine volle Verpflegung erhalten, sondern sich höchstens auf einen Gesamtverdienst von 1,80 Pf. pro Tag stellen. Nach Mitteilungen aus dem östlichen Deutschland sollen gewerbliche Arbeiterinnen, die zur landwirtschaftlichen Tätigkeit vermittelt werden, einen Lohn von 20 Mark pro Monat bei freier Station erhalten.

Auf eine Eingabe des Landarbeiterverbandes muß durch Schreiben vom 24. Februar 1917 der Landrat des Kreises Züllichau-Schwiebus selbst geantwortet wie niedrig die Entlohnung der Landarbeiterinnen ist. Nach diesen Angaben wird im Winter 70 Pf. pro Tag bezahlt. Im Frühjahr und Herbst 80 Pf. und während der Erntezeit 1 Pf. Ten Wohnungs- und Naturalienwert berechnet der Landrat mit 50 Pf. pro Jahr. Ein Junge von 16 Jahren erhielt auf einem Gute (Gamp, Dlab) pro Tag 1,80 Pf. Da er sonst nichts an Naturalien erhielt, hat seine Mutter, eine Arbeiterin, ihn zu einem Bauer in Arbeit gegeben, wo er pro Jahr 240 Pf. nebst freier Station erhält, was doch ein besserer Lohn ist. Trotzdem wurde der Frau mit Strafe gedroht, wenn der Junge nicht wieder zur Arbeit auf dem Gute zurückkehrt. Auch über selbst für ländliche Verhältnisse sehr traurige Arbeiterverhältnisse auf diesem Gute wurde dem Herrn Landrat berichtet. Ein Grund zu einer Beschwerde lag aber für den Herrn Landrat nicht vor.

Die Landarbeiterschaft hat nach den bisher gemachten Erfahrungen absolut kein Vertrauen zu den Regierungsstellen, an die sie sich beschwerdeführend wenden soll.

An anderer Stelle wird im „Landarbeiter“ auf die Tatsache hingewiesen, daß eigenartigweise die Arbeitsnachweise in verschiedenen Gebieten Deutschlands über die mangelnde Nachfrage nach ländlichen Arbeitskräften berichten, wie es noch im Monat März der Fall war. Daraus darf man wohl schließen, daß der Arbeitermangel in der Landwirtschaft von den maßgebenden Stellen in bekannter Weise etwas übertrieben wird.

Die organisierte Landarbeiterschaft wird sich dort, wo die Delegation über Einspruch verfügt, trotz alledem ihr Recht wahren und auch weiter bestrebt sein, die überaus niedrigen Löhne zu erhöhen.

Auf der diesjährigen Tagung des Bundes der Landwirte sagte der Vorsitzende Köstler: Bei aller patriotischen Pflichterfüllung muß die Produktion sich doch für den einzelnen erfolgreich gestalten. Will man nun die Landarbeiter zwingen, zu Löhnen zu arbeiten, wie sie Landrat und Regierungspräsident für gut befinden?

Durch den Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, diese Erlasse, die mit dem Hilfsdienstgesetz in Widerspruch stehen, aufzuheben, wird die Sache ja wohl im Reichstag zur Sprache kommen. Es wird sich dann zeigen, wie der „Vorgeladene“ für die Landarbeiterschaft gehandhabt werden soll.

## Groß-Berlin

### Die Gemüse- und Obstversorgung und die Hausfrauenvereine.

Am Sitzungsaale der Reichsstelle für Gemüse und Obst fand am Mittwoch eine Sitzung statt, die für die Durchführung unserer Gemüse- und Obstversorgung auf Grund der bekannten Verordnung vom 3. April 1917 von besonderer Bedeutung ist. Die Versammlung legte sich aus den Vertreterinnen folgender Verbände zusammen: Frauenbeirat im Kriegsversorgungsamt, Verband deutscher Hausfrauenvereine, Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine, Katholisches Frauenbünd, Verein katholischer deutscher Lehrerinnen, Nationaler Frauendienst, Verbände der Hausfrauenvereine mehrerer Provinzen und vielen örtlichen Hausfrauenvereine.

Der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Oberregierungsrat von Tsch., gab zunächst eine übersichtliche Darstellung des ganzen Planes für die Bewirtschaftung des Gemüses und Obstes und forderte die Vertreterinnen der deutschen Hausfrauenvereine auf, zu dem Erfolge der vorgezeichneten Preisregulierung ihrerseits durch tatkräftige Mitwirkung beizutragen, damit die vorgeschriebenen Preise auch tatsächlich eingehalten werden. Es ergab sich nach eingehender Aussprache volle Übereinstimmung über die Erziehtspflicht eines Zusammenwirkens. Die Hausfrauenverbände werden ihre Tätigkeit in dieser Richtung erheblich ausdehnen und die Reichsstelle wird dahin wirken, daß den Hausfrauen namentlich bei der Preisüberwachung keine Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wo sich zu Beschwerden begründeter Art Anlaß findet, sollen solche an die zuständigen Preisprüfstellen gerichtet werden, in denen die Mitwirkung erfahrener Hausfrauen als unerlässlich immer mehr anerkannt wird. Außerdem ist eine eigene Preisabteilung bei der Reichsstelle für Gemüse und Obst, Geschäftsabteilung, Berlin W 57, Potsdamer Straße 75, eingerichtet worden, an die die Beschwerden, sofern anderweit Hilfe nicht zu erlangen ist, unmittelbar gerichtet werden können.

### Dörrverbot für Frühgemüse.

Um das Frühgemüse in frischem Zustand und möglichst in vollem Umfang dem Verbrauch zuzuführen, hat die Reichsstelle für Gemüse und Obst eine Anordnung erlassen, wonach es verboten ist, Frühgemüse zu dörrern. Nur wo überhörsige Mengen vor dem Verderben geschützt werden müssen, sind Ausnahmen zulässig. — Neben dem Abhol von Dörrgemüse hat die Kriegsregierung für Dörrgemüse folgendes bestimmt: Der Zuschlag von 7 1/2 Proz. für den Großhandel und der Zuschlag von weiteren 20 Prozent für den Kleinhandel darf auf den Erzeugerpreis zuzüglich Verpackungskosten berechnet werden. Mit Rücksicht auf den höheren Preisstand, den zurzeit Säfte und Mitten erreicht haben, fällt die Abnutzung des Packmaterials für die Bezugsnehmer von Dörrgemüse besonders stark ins Gewicht.

### Berliner Lebensmittelnachrichten.

Die Geschäftsräume der Preisstelle Groß-Berlin (Kasse) befinden sich jetzt an der Stralauer Straße 3 II — Zimmer 97—99.

Die Diensträume der Preisprüfstelle Groß-Berlin sind von Breitestr. 11 nach Neue Friedrichstr. 9/10, 8. Stockwerk, verlegt worden.

Zwecks richtiger Verwendung des auf Abschnitt Nr. 67 der Lebensmittelkarte in diesen Tagen zur Ausgabe gelangenden Sago wird darauf hingewiesen, daß bei der Zubereitung der Sago in siedende Flüssigkeiten (Suppen u. dergl.) eingeschüttet werden muß, also nicht mit kaltem Wasser aufgeschüttet werden darf.

In der nächsten Woche können wie bisher 5 Pfund Kartoffeln entnommen werden.

Die Kartoffelversorgung in Groß-Berlin. Infolge Verminderung der Kartoffelzufuhren werden in der nächsten Woche verschiedene Gemeinden als Ersatz Brot gewährt. Das Nachlassen der Zufuhr hat seinen Grund darin, daß die Landbevölkerung gegenwärtig das gute Wetter zur Frühjahrsernte ausnützt.

Beginn der Stenndampferfahrten. Am Sonntag, den 6. Mai, werden die Fahrten zur Baumblüte nach Werder von Potsdam,

Rolff-Wilhelm-Brücke (Eisenbahn-Gole), wieder aufgenommen. Die Abfahrtszeiten sind folgende: 11 Uhr vormittags, 12, 2, 3, 5, 6. Die Rückfahrzeiten von Werder (Eisenbahn-Höhe) sind von 12 Uhr 30 bis 7 Uhr 30 mit Ausnahme von 2 Uhr 30 und 5 Uhr 30 stündlich. Gleichfalls beginnen mit dem 6. Mai die regelmäßigen Fahrten nach dem Sommerfahrplan auf den Tegeler und Spandauer Gewässern. Auf der Oberpree und der Dahme sowie zwischen Potsdam—Wannsee—Spandau werden die regelmäßigen Fahrten mit dem 13. d. d. 27. Mai gleichfalls aufgenommen. Verwundeten und erholungsbedürftigen Kriegern wird auf sämtlichen Schiffen freie Fahrt gewährt.

Die Teltower Kreisfährt eröffnet am Sonntag, den 6. Mai, ihren Sommerverkehr. An Sonntagen verkehren auf den Strecken Potsdam—Neubabelsberg (Bahnhof)—Wannsee (Bahnhof) und Wannsee (Bahnhof)—Havelberg—Flaumenhufel und zurück sowie auf der Linie Neubabelsberg (Bahnhof)—Machnow—Säule die Schiffe regelmäßig. Mit Ausnahme der Strecke Neubabelsberg—Säule ist der Verkehr stündlich eingerichtet. Zwischen Potsdam—Neubabelsberg—Wannsee verkehren auch wochentags die Schiffe stündlich.

„Krisis-Trip“, die Alt-Berliner Vosse mit Gelang und Tang wird am Sonntag, mittags 12 Uhr, zum Westen der in Not geratenen Familien österrösch-ungarischen Heeresangehöriger aus dem Konradbezirk Berlin im königlichen Dornbaum gegeben werden. Der Aufführung geht ein „Winter Teil“ voraus, an dem Fritz Maifary, Tilla Durieux, Carl Clewing und Max Wallenberg mitwirken.

Eine Brotkartensabrik ist Donnerstag von der Kriminalpolizei nach langen Ermittlungen und Beobachtungen entdeckt und aufgehoben worden. An fünf verschiedenen Stellen wurden zahlreiche Hausfuchungen abgehalten und acht Personen verhaftet. Die Seele des ganzen Betriebes war ein 37 Jahre alter seltener Hausdiener Anton Wewode, der mit seiner Geliebten in der Antonstr. 114 in der Nähe der Kottbuscher Straße zu Neukölln wohnte. Wewode, der oft bestrast und seit längerer Zeit „gemittelt“ ist, ist selbst nicht geleiteter Buchdrucker, daher waren die gefälschten Karten zunächst so schlecht, daß die Händler sie nicht abnahmen. Da gelang es Wewode, einen Lithographen, der zum Heeresdienst eingezogen war und sich auf Urlaub in Berlin befand, so lange zu bearbeiten, bis der Mann fähig wurde und sich in seinen Dienst stellte. Wewode und seine Helfer begannen mit einer kleinen Fabrik in der Landwehrstraße. Nach dem Eintritt des Lithographen hob sich das Geschäft immer mehr. Im vergangenen Sommer verlegte Wewode die Druckerei nach dem Bureauhaus Börse und ersetzte hier den Handbetrieb durch eine große Maschine. Die Händler fanden sich jeden Tag in bestimmten Gastwirtschaften in der Schönhauser Straße ein und deckten dort ihren Bedarf. Wewode verkaufte die Karten nur in größeren Böden. Seine Hauptabnehmer gaben sie wieder in kleineren Teilen an Unterhändler ab. In der neuen Fabrik beschlagnahmte man noch 13 000 fertige Brotkarten und eine ganze Menge Fettkarten, die erst vorbereitet waren. Unter Wewode und seiner Helfer wurden noch sechs Helfershelfer hinter Schloß und Riegel geeyt.

Ein großer Schleichhandel mit Brotkarten ist in Neukölln aufgedeckt worden. Galtzer, die in einer Papierfabrik in der Pöhlenerstraße beschäftigt sind, kochten aus den verfallenen Brotkarten, die eingestampft werden sollten, diejenigen heraus, die sich noch verwerten ließen. Diese Verwertung gelang ihnen mit Hilfe einiger junger Landleute und einer Verkäuferin Ida Frankfurter, die in einer Bäckerei in der Pöhlenerstraße angestellt war. Die Galtzer zahlten an ihre Freunde in der Fabrik für die Karte 20 bis 25 Pf. und Ida Frankfurter verkaufte ihnen jedes Brot 25 Pf. über den Höchstpreis. Was sie nicht selbst verbrauchen konnten, verkauften sie in Schankwirtschaften in der Umgebung des Schlesischen Bahnhofs. Hier fanden sie Abnehmer genug, die ihnen 2 bis 3 Pf. für jedes Brot zahlten. Der Umsatz war so groß, daß die Galtzer in einer einzigen Woche 100 Brote verkaufen konnten. Das ging schon seit Monaten so, bis jetzt dem Treiben ein Ende gemacht wurde. Die Täter, Jakob Rzeccina, Nikolaus Cepula, Bruno Schulz, Josef Jorhan u. wurden verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Der fälsche Brotbändler, Johann Gurta, konnte noch nicht festgenommen werden. Auch die Verkäuferin Frankfurter wurde in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

Beim Schweinefleisch in einem Stadtbahnhof erwischt wurden zwei Männer und zwei Frauen. Während es dem einen, einem Arbeiter Lange aus der Rauhstr. gelang zu entkommen, wurden die anderen, ein Arbeiter Glinsky, dessen Frau und Frau Lange, festgenommen. Die „Hauswirtschaft“ hatten in der Brangelstraße ein Schwein gekauft und in einer Kiste nach einem Stadtbahnhof geschafft, um es dort heimlich abzurichten. Aber das Schwein schrie, und so wurden Beamte des 103. Meibers auf das verdächtige Schickhans aufmerksam. Die Verkäuferin und der fälsche Lange stehen im Verdacht, schon öfter heimliche Schlächungen vorgenommen und das Fleisch zu Höchstpreisen verkauft zu haben.

Feuer auf der Wittenwalder Bahn. Auf dem Bahnhof der Wittenwalder Kleinbahn in der Bernauerstraße in Neukölln brach am Donnerstag Feuer aus, das eine ziemlich große Ausdehnung annahm und erheblichen Schaden verursachte. Der Brand entstand in einem unter der zum Bahnsteig führenden Treppe gelegenen Raum, in welchem Benzol, Öl, Feuerungsmaterial und andere leicht brennbare Gegenstände lagen. Bewohner benachbarter Häuser, die das Feuer gegen 10 Uhr abends bemerkten, alarmierten die Neuköllner Wehr, die erst nach zweifelhafter Arbeit des Jeneers Herr werden konnte. Der Brand soll dadurch entstanden sein, daß infolge Juglust aus einer Lampe, mit der ein Beamter den Raum betreten hatte, ein Funke in einen Benzolbehälter geflogen ist.

Auf einer Kahnfahrt ertrunken ist Donnerstag in Köpenick ein Soldat, der mit zwei Kanaraden eine Spazierfahrt auf der Spree unternommen hatte. Das Ruderboot geriet unterwegs in bedrohliche Nähe eines entgegenkommenden Tampfers, sodas ein Zusammenstoß unvermeidlich erschien. In der Aufregung sprang einer der Soldaten aus dem Fahrzeug, verlor aber augenblicklich in den Fluten. Die beiden anderen Insassen vermochten mit dem Boot noch im letzten Augenblick auszuweichen. Die Leiche des Ertrunkenen, eines Studenten aus Hohenzollern, ist noch nicht gefunden worden.

Charlottenburg. Die Lebensmittel der nächsten Woche. In der nächsten Woche gelangen zur Ausgabe: 500 Gramm Fleisch, 5 Pfund Kartoffeln, 1/2 Pfund Zucker auf die Zuckerkarte vom 1.—15. Mai, Mäuserwaren laut besonderem Anschlag auf den 1. d. d. April ab gültigen Anschlag 68 der roten Nahrungsmittelfarte, Suppen entweder 100 Gramm lose, zum Preise von 13 Pf. oder zwei Bierl zu 50 Gramm auf Abschnitt 78 der roten Karte vom 3. bis 12. Mai. Suppenwürfel Serie I kosten 10 Pf., Serie II 15 Pf. Auf Abschnitt 79 125 Gramm Weizen Grieß vom 3. bis 12. Mai; auf Abschnitt 80 Sago 100 Gramm zum Pfundpreis von 83 Pf. vom 11. bis 19. Mai, auf Abschnitt 81 Zehwaren 125 Gramm zum Pfundpreis von 51 Pf. für Sorte II und von 72 Pf. für Sorte I, auf Abschnitt 82 1/2 Pfund Kriegsbrot zum Pfundpreis von 55 Pf. und 1/2 Pfund Sirup auf Abschnitt 83 zum Pfundpreis von 40 Pf., beides vom 11.—19. Mai und schließlich auf Abschnitt 85 1 Pfund Weißkohlenkraut vom 9.—19. Mai.

Auf die Nahrungsmittelfarte für Jugendliche wird in der Zeit vom 7.—13. Mai 1/2 Pfund Gerstengrieß auf Abschnitt 4 gewährt zum Pfundpreis von 30 Pf.

Obst anstatt Kartoffeln. Auf die Abschnitt 33 a bis 33 e können von heute bis Sonntag, den 6. Mai einschließlich an Stelle der auf einen Abschnitt entfallende Kartoffelmenge für die Abschnitte 44a, b, c, d und e je 200 Gramm Obst entnommen werden. Gültigkeit hat nur die grüne Charlottenburger Kartoffelfarte. Eine Marke gilt für 100 Gramm G-

52. 1/2 Marke (an der diagonalen Linie weggetrennt) für 50 Gr. Die vorstehende Bestimmung findet auch bei der Entnahme von Gebäck in Gebäck- und Schokolade-Wirtschaften Anwendung. Auf jeden der vier Abschnitte 27 der Rusja-Kartoffelarte dürfen je 100 Gr. Gebäck verarbeitsbar werden.

**Friedrichsfelde, Lebensmittelnachrichten.** Soweit Kartoffelarten-inhaber nicht in der Lage sind, Kartoffeln zu entnehmen, sind sie berechnigt, bis Sonntag, den 6. Mai für jedes Pfund fehlender Kartoffeln auf Grund der unbenutzt gebliebenen Kartoffelartenabschnitte, unter gleichzeitiger Vorlegung der hiesigen Lebensmittelkarte, 150 Gramm Mehl oder 240 Gramm Gebäck, zusammen also höchstens 750 Gramm Mehl oder 1200 Gramm Gebäck, bei einem örtlichen Bäcker zu entnehmen. Es entfallen also auf jeden Kartoffelartenabschnitt entweder 75 Gramm Mehl oder 120 Gramm Gebäck.

Von heute an erhält jeder Einwohner in den durch Plakaten kenntlich gemachten Geschäften auf Abschnitt 19 der neuen Lebensmittelkarte 100 Gramm Suppenmischung für 13 Pf.

## Industrie und Handel.

### Abschreibungen der Börse.

Die glänzenden Abschlüsse für 1916 hat die Börse in einem Prudentenamt gefeiert, der wie im Vorjahr bereits über die berufsmäßige Spekulation weite Kapitalistkreise erfasst. Kaufiert werden besonders Montanaktien der kleinsten und größten Unternehmen und Maschinenaktien, dann besonders „Friedenswerte“, wie Schiffahrts- und Kalkaktien. Die Aussicht auf Reichssubventionen für die Webereien hat alle kritischen Bedenken aus den Köpfen der Spekulanten geschwächt. Kalkaktien profitierten von der erhofften Kalipreiserhöhung. „Rüstungswerte“ liegen im allgemeinen still, doch beginnt es sich auch hier schon kräftig zu regen. Es wird schon ganz wahllos gekauft, von den einen Kriegs-, von den anderen Friedenswerte, aber alle sind von dem festen Gottvertrauen besetzt, daß die Industrie reichlich und überreichlich verdient, und daß daher auch Kursgewinne tollfährig sind.

Dieser Lage ist zu einer Selbstbescheidung der Spekulation aufgefördert worden. Im Vorjahr wurde mit einer sehr scharfen Erhöhung des Umsatzstempels droht, die aber schließlich unterblieb. Die damals erzielte vorübergehende Dämpfung hielt aber nicht lange stand und konnte es auch gar nicht. Wird gut verdient, so steigen die Kurse ganz automatisch. Sol die unerquickliche Jobberei beteiligt werden, ohne daß die Börse — was in dieser Gesellschaft auch recht bedenklich ist — vernichtet wird, so muß die Kriegsgewinnsteuer auf den neuen englischen Satz von 80 Proz. erhöht und die Verwilligung immer neuer Preissteigerungen vermieden werden.

### Deutsch-schweizerischer Vertrag.

Die Verhandlungen zwischen dem deutschen und den schweizerischen Unterhändlern sind zum Abschluß gelangt. Die getroffene Vereinbarung, welche der Ratifikation beider Regierungen unter-

breitet wird, steht die Verlängerung des am 2. September 1916 abgeschlossenen, am 30. April 1917 abgelaufenen Abkommens bis zum 31. Juli laufenden Jahres vor. Damit ist u. a. die Verlieferung der Schweiz für die nächsten drei Monate im bisherigen Umfang und auf bisheriger Grundlage zu erwarten. Außerdem wurde für die durch das deutsche Einfuhrverbot besonders betroffenen schweizerischen Hauptindustrien die Möglichkeit befriedigender Ausfuhr nach Deutschland geschaffen.

## Gerichtszeitung.

### Ein Sieg des Rechts.

Der Milchgroßhändler Emil Wolff war vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu sechs Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil eine Revision in seiner Milch — er bezieht täglich bis 5000 Liter — 90 Proz. Wasser feststellte hatte. Das Landgericht aber, dessen fünf gelehrte Richter gegenüber dem Laienstand des Schöffengerichts die höhere juristische Einsicht repräsentieren, sprach den Mann frei. Nicht etwa, als ob das Landgericht die Milch für weniger verfälcht angesehen hätte als das Schöffengericht. Aber einige Richter des Angeklagten behaupteten, daß dieser zur fraglichen Zeit auf der Jagd gewesen sei. Somit hielt das Gericht nicht für festgelegt, daß der Angeklagte selber die Verfälchung vorgenommen habe, wenn er auch dringend der Mitwisserschaft an der Verfälchung verdächtig sei. Es liege allerdings mindestens grobe Fahrlässigkeit vor, aber bezüglich dieser sei — Verjährung eingetreten. So habe das Gericht leider zu einer Freisprechung kommen müssen!

Die „undankbare“ Angestellte mit 50 M. Monatsgehalt. Mit der prinzipiell wichtigen Rechtsfrage, ob eine Gehaltszulage wegen undankbaren Verhaltens des Angestellten wieder rückgängig gemacht werden kann, hatte sich das Berliner Kaufmannsgericht zu befassen. Die Bureauangestellte Helene D. war bei der Beklagten, der Norddeutschen Versicherungs-Gesellschaft, mit einem Monatsgehalt von 50 M. beschäftigt. Nach etwa einjähriger Tätigkeit wurde ihr Ende Februar eine Gehaltszulage von 10 M. gewährt. Die Klägerin nahm auch die Gehaltszulage an, kündigte aber am folgenden Tage die Stellung zum 1. März. Jetzt zog die Gesellschaft ihrerseits auch die Gehaltszulage zurück. Da sie für Januar die Zulage schon ausbezahlt hatte, so zog sie vom Februargehalt die nach ihrer Meinung zuziel gezahlten 10 M. wieder ab, so daß die Klägerin bei Abgang statt 60 M. nur 40 M. erhielt. Die auf Nachzahlung der 20 M. klagende Beklagte behauptet, daß ihr die Zulage bedingungslos gewährt worden sei, während die Gesellschaft sich auf den Standpunkt stellt, daß selbstverständliche Voraussetzung der Gehaltsaufbesserung gewesen sei, daß die Klägerin nicht gleich hinterher kündige. Bei einem derartig undankbaren Verhalten falle die Zulage wieder fort. Das Kaufmannsgericht verurteilte die Beklagte zur Zahlung der Klagesumme und ging dabei von folgenden Erwägungen aus: Der Abzug der bereits ausgezahlten Zulage sei nach dem Lohn-

Beschlagnahmegefeh völlig unbillig, aber auch in Bezug auf die 10 M. für Februar sei das Gericht der Ansicht, daß die ohne irgend welche Bedingung gewährte Zulage nicht deshalb zurückgezogen werden könne, weil Klägerin von ihrem ihr gesetzlich zustehenden Kündigungsrecht Gebrauch gemacht habe. Sehr in Betracht kam für das Gericht dabei das für die jetzige Teuerung außerordentlich niedrige Gehalt von 50 Mark.

## Aus aller Welt.

**Heberschwemmungen in Südrussland.** Infolge des Eisganges und der Schneeschmelze sind in Südrussland große Heberschwemmungen eingetreten. In Kiew hat die elektrische Beleuchtung aufgehört. Die Wasserversorgung ist abgebrochen und der Straßenbahnverkehr steht still. Eine große Anzahl von Booten werden zu Rettungszwecken gebraucht. Die Heberschwemmung hat sich durch einen Dammbrech durch ausgedehnt. Bei Kozlow stehen weite Strecken Landes am linken Ufer des Don unter Wasser.

## Jugendveranstaltungen.

Die Jugendausschüsse und Funktionäre der „Arbeiter-Jugend“, die den gegen unser Jugendorgan gerichteten Poststillsetzungen abnehmend gegenüberstehen und auch weiterhin für die „Arbeiter-Jugend“ eintreten wollen, werden hierdurch auf die am Sonntag, den 13. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, im Parallellokal für Groß-Berlin, Lindenstr. 3, 2. Hof links III, stattfindende Konferenz für Groß-Berlin hingewiesen. Die Konferenz soll zur gegenwärtigen Situation in der Jugendbewegung Stellung nehmen und die Maßnahmen für unsere weitere Arbeit festlegen. Es ist daher notwendig, daß alle Orte des Bezirks Groß-Berlin vertreten sind. Auch die örtlichen Sportorganisationen sowie Parteivereine werden gebeten, Vertreter zu entsenden. Besondere schriftliche Einladungen sind bereits erfolgt. Diejenigen Genossen und Ausschüsse, die eine solche bisher nicht erhalten haben, wollen sich umgehend an H. Weimann, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, wenden.

**Freier Arbeiterbund, Berlin.** Das diesjährige Annubern des Bundes findet statt am Sonntag, den 6. Mai, Ziel: Müggelspitz bei Friedrichshagen.

**Turnverein „Nichte“ Berlin.** (Nicht-Turner.) Am Sonntag, den 6. Mai: Sportliche Wettkämpfe der Männer, Frauen, Schüler und Schülerinnen auf dem „Nichte“-Sportplatz, Rönninger Landstraße, nahe Baum-Schuleweg. Beginn 2 1/2 Uhr nachmittags.

## Briefkasten der Redaktion.

**Diffident.** Der Soldat muß auch diesem Befehl Folge leisten, sonst wird er bestraft. — **Sonide 36.** 1. Nur der Sohn kann Zurückgabe der Eiden verlangen und eventuell klagen. 2. Lassen Sie das vom Schlichter machen. — **G. L. Neufölln.** Derfrant, dienstunfähig, Überzahl von mehr als einer Wehr, wenn dadurch das Tragen der militärischen Fußbekleidung behindert ist, dienstunfähig. — **W. 500.** Renten aus der Angestelltenversicherung werden erst vom 1. Januar 1918 an gezahlt. Der Witwe oder, falls eine solche nicht vorhanden ist, den hinterlassenen Kindern, wird auf Antrag die Hälfte der gezahlten Beiträge zugesprochen.

Weitererichtungen für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags. Troden und vornehmend heißer, am Tage warm.

## Todes-Anzeigen

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Der Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schlosser

**Walter Michaelis**  
Geleitstr. 64,  
am 2. Mai gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute  
Sonntag, den 3. Mai, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle der Friedensgemeinde in  
Korridor, aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.

**Nachruf.**  
Den Kollegen ferner zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, der  
Sonnensänger

**Wilhelm Lucke**  
Zeilstr. 46,  
am 19. April verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
174/15 Die Ortsverwaltung.

Am 2. Mai 1917 verstarb nach  
längerem Leiden mein lieber  
Vater, unser guter Vater und  
Großvater, der Radierer

**Friedrich Linde.**  
Um stille Beileid bitten  
Auguste Linde nebst Kindern.

Die Beerdigung findet morgen  
Sonntag, den 6. Mai, nachm.,  
3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle  
des Nikolai-Kirchhofes, Prenzlauer  
Allee 7, aus statt. 23/18

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.**  
Filiale Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern geben wir  
hiermit Nachricht vom Tode des  
Kollegen

**Johann Krzencziessa**  
von der S. Reiter-Regiment.  
Ehre seinem Andenken!

Beerdigung am Montag, den  
7. Mai, nachmittags 1/2 4 Uhr,  
von der Halle des Hind-Stra-  
ßens in Hohenstraße aus.  
Um rege Beteiligung der bei der  
Bestattung des Kollegen ersucht  
36/15 Die Ortsverwaltung.

## Bekanntmachung.

Gemäß § 3 der Verordnung vom 3. Juli 1916, betreffend Regelung  
des Verkehrs und Abfalls von Kartoffeln wird hiermit für Berlin  
bestimmt,

daß in der Woche vom 7. bis 13. Mai 1917 auf die zehn Abschnitte 54  
(a-e) der Kartoffelkarte je 1/2 Pfund Kartoffeln, zusammen also  
höchstens 5 Pfund Kartoffeln abgegeben und entnommen werden dürfen.  
Bei Teilnahme an Spielungen in Räumen der Boltspielung, in  
gemeinnützigen Spielstätten und in Kantinen gewerblicher Unter-  
nehmungen werden jeßs von den zehn Abschnitten 54 a-e der Kartoffel-  
karte für die Woche abgetrennt. Bei Anmeldungen zu den vorgenannten  
Spielungen ist die ganze Kartoffelkarte vorzulegen. Abgabe solcher Karten-  
abschnitte ist unzulässig.  
Hinterhandlungen gegen diese Bestimmungen sind nach Maßgabe der  
angezogenen Verordnung strafbar.

Berlin, den 5. Mai 1917.  
Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.  
Vermuth.

Vom 11. bis 19. Mai 1917  
werde ich in  
Berlin, Hotel Prinz Heinrich, Dorotheenstr. 22  
anwesend sein, um

**künstliche Augen**  
direkt nach der Natur für meine Patienten an-  
zufertigen und einzupassen.  
F. Ad. Müller, Fabrikant künstlicher Augen  
aus Wiesbaden.

## Garderobe

auf bequemste Teilzahlung und gegen bar.  
**Damen-Moden** Kostüme in mod. Stoffen und Seide.  
Ulster, Mäntel, Röcke und Blusen  
in großer Auswahl, entwürf. Neuheiten am Lager.  
**Riesen-Anwahl:**  
**Herren-Anzüge, Paletots, Ulster**  
zu billigen Preisen. 104L.  
**M. Beiser, Lothringer Str. 67,**  
Sonntags von 8-10 Uhr geöffnet.

## Goetze's Foto-Haus

Berlin NO 18, Abt. V., Große Frankfurter Str. 71  
Telephon Alex. 1416, Postscheck 23855  
**Engros-Foto-Spezialgeschäft des Ostens.**  
Eigenes Atelier. Vergrößerungsanstalt  
Elektr. Betrieb. Sämtl. Bedarfartikel  
Sonntags den ganzen Tag geöffnet!  
Verkauf - Tausch - Ankauf  
Feldpostbestellungen werden prompt ausgeführt!

## Spezial-Arzt

**Dr. med. Hasche,**  
Friedrichstr. 90  
direkt am  
Etablissements  
Behandl. von Syphilis, Haut-,  
Harn-, Frauenleid., Speicherd.,  
Häute, Gicht, Gicht, Rheuma, Schenkel-,  
Knie-, Hüft-, Brust-, Rücken-,  
Kopfschmerzen, Bluthochdruck, Mag.,  
Breite, Leishmanien, Sprosshunden  
10-1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

## Noch preiswert

kleidet man sich ein  
in gut sitzende  
**Herrengarderobe**  
fertig u. nach Maß bei  
**Julius Fabian**  
Schneidermeister  
Gr. Frankfurter Str. 37  
und Turmstraße 18.

**Gänse- oder Entenschmalz**  
tanzl Pfd. 14 M. Andere Ware  
branche ich nicht. 44325\*  
Tasche, Berlin, Planufer 21.

## Arbeiter

**Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pfg.

## H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

**Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.**  
Rauch-, Kan., Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche be- **Zigaretten** zu Originalpreisen.  
kanneten Marken Amt Hpl. 3014.

## Verein der für Feuerbestattung

**Otto Futh.**  
Die Einäscherung findet am  
Montag, den 7. Mai, nachmittags  
3 Uhr, in der Gerichtstraße 37 statt.

## Paul Gleisberg

Die Einäscherung findet heute  
Sonntag, den 5. d. Mts., nach-  
mittags 3 Uhr, in der Gericht-  
straße 37 statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Um zahlreiche Beteiligung bitte  
291/11 Der Vorstand.

## Otto Jaeck.

Während der langen Zeit der  
gemeinsamen Arbeit war er uns  
ein lieber Genosse, dessen Verlust  
auch mir tief be dauert. 144882  
Die Verbandsmittelglieder  
der Vorwärts-Verbandsvereine.

## Spezialarzt

**Dr. med. Coleman**  
für Haut-, Harn-, Frauenleiden,  
nerv. Schwäche, Bekranke,  
**Ehrlich-Nata-Kuren**  
(Dauer 12 Tage), Behandlung  
schnell, sicher und schmerz-  
los ohne Berufsstörung.  
Königstr. 34-36, Stadthbf.  
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

## Erscheint 2 mal wöchentlich.

- Otto Wolff, Treptow, Kröllstr. 16
- Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 25a
- Bandagen, Gummw.**
- R. Banke, Stralauer Str. 54.
- E. Kraus, Issendammstr. 55.
- A. E. Lange, Brunnenstr. 154
- Butter, Eier, Käse**
- Wilhelm Göbel**  
25 eigene Füllale.
- Gebrüder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte
- Schröter, R.**  
43 Derkaufstellen 43
- Uhly & Wolfram**

## Bezugsquellen-Verzeichnis.

- August Holz** 15 Detail-Geschäfte.
- Brauerei Bötzw**  
empfehl.
- Qualitätsbiere**  
ersten Ranges.
- Münchener Brauhaus**  
Berlin und Oranienburg
- Trink Wanninger Bier!**
- Weissbier, C. Breithaupt,**  
Palladenstr. 97 Tel. Egt. 2851, 2052
- Drogen und Farben**  
Werder-Druggrie, Britz, Badewer. 14

## Bezugsquellen-Verzeichnis.

- Eisen, Stahl, Waffen, Werkz.**  
Carl Jung, Stromstr. 51.  
Köhlermann, P.-Möllertstr. 40b, E-Seest.
- Mehlhandlungen**  
Bethke, Georg.,  
Buckhills, Elberstr. 11, Kaiser-Friedr.  
Str. 64, Wasserstr. 15a, Friedenstr. 21  
Treptow, Grün-Str. 44.
- Gaeger, Otto** Charlotten-  
burg.  
F. W. Sichter, Wrangelstr. 75.  
Ecke Cuvrystr.
- Milchmaschinen**  
Bellmann, E., Gollnowstr. 24  
Nähmaschinen
- Singer Nähmaschinen**  
Läden in allen Stadtteilen.
- Essigfabriken**  
**Timmer-Essig**  
überall erhältlich!
- Flisch- u. Wurstw.**  
**W. Beck**  
Inh.: Herm. Gerbsch  
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69  
Flisch- und Wurstwarenfabrik
- Willy Gericke, Petersburgerstr. 21**  
Otto Kogel, Alte Jacobstr. 24.
- Herron-u. Knabengard.**  
Bedstr. 24, Ecke  
Prinzen-Allee.
- J. Baer** Bedstr. 24, Ecke  
Prinzen-Allee.
- Leske & Sipeckl, Sebisch-Allee 7**  
Fabisch & Co. Eckhaus Lindenstr.
- Kolonialwaren**  
Adam Schulz, Schillingstr. 11.

## Unterstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

- Hüte, Mützen, Pelzwaren**  
**Vester, E.** Damm 18/19  
Kurz-, Weiß-, Woll-, Yrkatog.  
Hermann Meyer, Schirmerstr. 11.
- Photogr. Apparate**  
M. Albrecht, SO. Kottbusstr. 2.  
auch Gelegenheitskaf.
- Weine, Liköre, Fruchtsäfte**
- Hugo Boling**  
60 Filialen in allen Stadtteilen.
- Herm. Meyer & Co., Act.-Ges.**  
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
- Underberg**  
SEMPER IDEM

## Meierei C. Bolle

**A.-G.**  
Berlin N.W. 21 Alt Moabit  
= 98193 =  
Ältester und größter  
Milchwirtschaftlicher  
= Großbetrieb =  
**Optiker, Mechaniker**  
Schubert, Carl, Nolln. Bergr. 14  
**Schreibwaren**  
O. Prochnow, Sülze, Bernauerstr. 49  
**Uhren u. Goldwaren**  
Lehmann, Alb., Frankl. Allee 44  
**Versicherungen**  
**Deutschland Berlin**  
Arbeiterversicherung - Schützen-  
Kassenversicherung, Straße 1.  
**Spandau**  
Schneiders, Berlin, N. 11, Plab.-Wasser.

Wilhelm wird Lehrer.

Erinnerungen von P. S. Haupt.

In der Küche sahen Wöhmers beim Abendbrot. Wie jeden Sonnabend, gab es Pellkartoffel und Hering. Frau Wöhmer und ihr dreijähriger Sohn Erich aßen einen ganzen, die sechsjährige Tochter Marie und der vierzehnjährige Wilhelm einen halben Hering. Die Familie Wöhmer bestand nur aus diesen vier Personen. Der Vater, Maurer Wöhmer, war vor fünf Jahren bei einem Alfordbau vom dritten Stockwerk heruntergestürzt und nach viermonatigem Siechtum, das das geringe Vermögen vollends verzehrte, gestorben; die mittlere Tochter war kurz nach ihrer Geburt einer Krankheit erlegen. Mit Mühe verdienten Frau Wöhmer, Erich und in letzter Zeit Marie, die auch lange Zeit im Krankenhanse gelegen hatte, genügend, den Lebensunterhalt zu bestreiten. Nur zu einer aus Küche, Zimmer und Kammer bestehenden Wohnung in einer der Mietsofarnen im Norden Berlins langte der Verdienst; die Möbel hatten außer zwei Betten, zwei Tischen, Schrank, Waschtänder und sechs Stühlen während Marias Krankheit an den Tröbler verkauft werden müssen.

Frau Wöhmer, eine robuste, aber zerarbeitete Gestalt, mit scharfen Sorgenfalten im Gesicht, warf von Zeit zu Zeit einen ärgerlichen Blick auf Wilhelm, der schau, mit zitternden Händen seine Kartoffel schälte, dem von Zeit zu Zeit eine Träne die Wangen hinunterlief, trotzdem er das Weinen zu unterdrücken suchte. Dann lachte Marie, die ihn lauernd beobachtete, jedesmal frech auf. Erich, der anfangs teilnahmslos häufig geessen hatte, wurde aufmerksam. Das Lachen reizte ihn, schon oft hatte er den kleinen Bruder gegen die ihm mißgünstige Schwester in Schutz genommen. „Was ist denn nu wieder,“ herrschte er sie an. „Ach,“ legte sich seine Mutter ärgerlich ins Mittel. „Willem hat wieder mal Raup'n in'n Kopf. Lehrer will er wer'n. Da is so'n junger Lehrer, der hat ihn uff den Blödsinn gebracht. Ich mechte mal wissen, ob der det bezagt? Ich krieg ja Stipendien,“ wandte Wilhelm schüchtern ein. „Stippe bist! Stipendien! Da kannte nich' von leb'n, soville kriegt de nich! Det hat man nu dabon, det man'n in Ruhe hat seine Schularbeiten machen lassen. Krüters Emil hat schon mit zehn Jahren mit-gearbeit'! Und du verlangst woll, det man sich ewich vor dir abschind'! Dstern kommste aus de Schule un' denn jehst zu Löwe. Ruhich!“

Sie hatte sich gewolliam müde geredet, denn es schmerzte sie sehr, ihren Liebling, dessen Verneiner ihr schon oft aufgefallen war, zur hoffnungslosen Fabrikarbeit zu schicken, ihn, der körperlich viel zu schwach für schwere Muskelarbeit war. „Det mechte den woll so pass'n, mal den Herrn zu spiel'n, uns für ihn arbeit'n zu lass'n un' nachher nich' anzuflehen,“ höhnte Marie, der Mutter aufmunternd zuplinkend. „Halt's Maul! Keidich bist! Willem is nich' so!“ rief die ihr aber wild zu, so daß sie furchtbar verstimmt. Das gab Wilhelm Mut: „Ich werde ja Nachhilfestunden geben. Ich möchte doch so gerne.“ „Ich mechte kann jeda sogn. Kannst doch nich' verlang'n, det wa uns noch mehr schin'n. Da lö'n un' so laum üba Wasja halt'n.“ Bitter, hoffnungslos brummete es Erich vor sich hin. Ihn ekelte vor diesem nutzlosen Gespräch, müde setzte er hinzu: „s hat ja alles seinen Zweck. Mutter, id jeh schlaf'n.“ Er stand auf, schritt schweren Schrittes zum Zimmer, wo er und Wilhelm in dem einen Bette schliefen. — Daklig stand Frau Wöhmer auf, sah beharrlich an Wilhelm vorbei. Das Gespräch hatte Wänsche, Hoffnungen in ihr wachgerufen, die sie nur mehr erbitterten, verärgerten, da sie ihr ihr Elend in grauenvoller Deutlichkeit zeigten. Päter als sonst kurrten die Letter beim Abwaschen; verschäutert schlich sich Wilhelm aus der Küche, ging schlafen.

Erich lag ganz still, sein unregelmäßiger leiser Atem verriet, daß er noch nicht schlief. Leise, vorsichtig stieg Wilhelm in das Bett und wagte sein Glied zu regen, laum zu atmen. Desio stürmischer pochte sein Herz, ein dumpfes, hangendes und doch wieder hoffendes Gefühl erfüllte ihn. Er dreht sich er zusammen, als ihn der Bruder mit gezwungen gleichgültiger Stimme fragte: „Wie is'n das gekommen? Ich meine, mit'n Lehrerwerd'n?“ Mit belegter, bebender Stimme antwortete er: „Ich bin doch schon immer der erste gewesen. Und jetzt hab'n wir seit Ostern bei ein'n jung'n Lehrer, Herrn Wöninger, Deutlich. Einmal hatte er schon gesagt, aber so nebenbei: „Wöhmer, du mühestest eigentlich was wer'n, wo Du mit 'n Kopf arbeiten kannst.“ Ein andermal hat er gesagt: „Was willst Du ein'tlich werd'n? Als ich lachte, id soll bei Löwe entlang'n, meinte er, id glaube nicht, daß das für dir passend wäre. Nu' hab'n wir doch den „Wilhelm Zell“ durchgenommen.“ — „Is det des mit den Appelschuh?“ „Ja, ja. Da hab'n wir'n Auslag

geschrieben, den hab'n wir gestern zurückgefragt und ich habe „Sehr gut“ gehabt. Da hat er mich nach der Stunde gerufen und gefragt, ob ich nicht Lehrer wer'n will. Die Schule hat Stipendien zum Aussteil'n bekommen, da würde er dafür sorgen, det ich eins Bekäme. Ich habe gesagt, ich möchte so gerne Lehrer werden... Aber ich will jetzt jarnich' mehr, ich wer' es Herrn Wöninger sag'n... wenn ich nich' kann — wenn Mutter nich' will — id sollte ja Montad Bescheid bring'n.“

Ganz ängstlich war er geworden und sein Bangen wuchs, als sein Bruder nichts erwiderte. Der aber dachte an „Wilhelm Zell“. Die Erzählung Wilhelm's hatte Vorstellungen aus seiner Jugendzeit in ihm wachgerufen. Er sah sich wieder als Statist in der Apfel-schuhzweige als Landsknecht; er sah sich in anderen Stücken, erinnerte sich des jungen Seeger, mit dem er immer nach dem Theater nach Hause gegangen war. Er hörte ihn wieder reden von der Schönheit der Theaterkunst, wie er sich freute, daß er einst als Lehrer den Kindern vordemonstrieren könne, denn Seeger war ein armer Präparand, der Kattieren ging, um sich die Klaffstul anzusehen und ein paar Pfennige Taschengeld zu verdienen. Mahnend stieg ein warmes Gefühl mit den Erinnerungen in ihm hoch, das selbe Glücksgefühl, das ihn erfüllt hatte, wenn er, in den Feuerwerkstand gedrückt, die Vorgänge auf der Bühne verfolgen konnte. Vorwurfsvoll fast drängte sich in sein Bewußtsein, wie er Seeger um seine Zukunft beneidet hatte, wie er sich damals bei den hübnengrossen Menschenkindern gefühlt hatte nach unklarem Glück. Warmes Versprechen mit dem Bruder schufen ihm die Bilder der Vergangenheit. — Das war vorbei. Der Unfall seines Vaters war gekommen, er mußte seine Schlofferlehrezeit abbrechen und von früh bis spät in die Fabrik gehen, Geld verdienen. Und nun stand Wilhelm vor demselben Schicksal. Er überlegte...

Schon ließ Wilhelm die letzte Hoffnung auf Erfüllung seines Wunsches fahren, schon fühlte er die Tränen kommen, da sprach Erich: „Hör mal, Bester is's doch, wenn de was wirst. Für de Fabrik biste och vilke zu schwach. Id wer dir monatlich 15 bis 20 R. jeb'n. Id lah... Worjen is Sonntag, id wer mal mit'n Lehrer red'n. Bester, wo er wohnt?“ „Ja, ja!“ In überquellender Freude aufschluchzend, lachte Wilhelm leise: „Denn is ja alles jut.“ Schluchzend drückte er sich in die Kissen, fühlte eine schwierige Arbeitshand ihn streicheln, hörte einläulenden, gutmütig seines Bruders Stimme: „Dummer Junge, dummer Junge, wird schon wer'n.“

Der Hamburger Brand.

Eine 75-Jahreserinnerung.

Den Himmelfahrtstag des Jahres 1842, den 5. Mai, dachten die Hamburger besonders festlich zu begehen: die erste Eisenbahn in Norddeutschland, die Hamburg mit Bergedorf verband, sollte eröffnet werden. Ein strahlend schöner Frühlingstag begünstigte das doppelte Fest. Seit Wochen hatte Ostwind geherricht, sein Tropfen Regen war zur Erde gefallen, und die Tausende von Ausflüglern, die nach der neuen Eisenbahn, an die Ufer der nördlichen Alster, an die Unterelbe oder sonst wohin pilgerten, hatten die denkbar besten Ausichten, nach einem froh verlebten Tage vergnügt heimzukehren. Der Tag sollte der schwärzeste Unglückstag werden, den Hamburg seit der Schreckensherrschaft Davoust erlebt hat: ein Brand brach aus, der die halbe Stadt in Trümmer und Asche legte und viele Tausende ihrer Heimstätten beraubte. Bis auf den heutigen Tag ist unerklärt geblieben, wie das Feuer entstand — irgendwie brach es in den frühen Morgenstunden in der Deichstraße aus.

„Für in de Diebstraat!“ — Der Ruf weckt die Schläfer in der Gegend des Rädingsmarktes. Die Gloden von St. Nikolai sind die ersten, die das Großfeuer der Stadt melden, St. Petri und St. Michaelis, St. Jakobi und St. Katharinen helfen ihnen bald. Die Sprigenleute kommen an — gemächlich: sind sie doch des großen Feuers in der großen Reichenstraße vor 15 Jahren Herr geworden, haben sie doch den gewaltigen Brand auf den Verlegten — zwölf Jahre sind es her — bewältigt! Allein diesmal hat das Feuer fürchterliche Helfer: in der Deichstraße drängt sich Speicher an Speicher; Kampfer und Schellack, Holz und Sprit, Zucker und Horn, Delle aller Arten lagern da in Werte von vielen Millionen. Bald brennt all dies lichtlos. Aus der furchtbaren Glut schießen die Feuergarden ringsum und fliegen Millionen von Funken durch die Luft, in das ausgeödrte Holzwerk der Häuser, auf die dickeren Dächer, überall zündend; donnernd plagen in den Speichern die Häßer mit brennbaren Flüssigkeiten, und als Feuerströme ergießen sie ihren Inhalt in das fast trocken liegende

Fleisch. Es wird zu einem Flammenmeer. Hier muß die Sprigenmannschaft weichen, wie die Bewohner der Straße, die schon längst vergeblich versuchen, ihr Hab und Gut in Sicherheit zu bringen, und jetzt nur das nackte Leben retten. Schon sind die Flammen nach Westen auf den Rädingsmarkt übergeprungen; sie fressen sich west, ost- und nordwärts weiter, es brennt nicht eine ganze Straße, es brennen ganze Straßenzüge, es brennt der ganze Stadtteil. Die Reugierigen, die das grauig-schöne Schauspiel von der Höhe des Nikolaiturmes betrachten, müssen den fliegenden Funken weichen; im Holzwerk des Turmes beginnt es ver-dächtig zu krachen, die vielen Vogelneister der Turmspitze gehen plötzlich in Flammen auf, dann wird das Holzwerk zu einer Feuerfackel, der Kupferbeschlag beginnt zu schmelzen, eine gewaltige Flammen-säule ragt anstelle des Turmes, weithin sichtbar, grünlich schillernd vom brennenden Kupfer, empor, die Gloden schmelzen, gegen 6 Uhr abends bricht der Turm in sich zusammen, überschüttet das Kirchen-schiff und die benachbarten Predigerhäuser mit Trümmern und Feuer, und so wird die ganze Kirche und ihre Umgebung zu einer Niefenlöse, die über die ganze Stadt die verderbenden Funken sprüht.

Weiter und weiter verfallenen die Flammen die Häuser. Schon scheint der Katharinenturm in Gefahr, da springt der Wind nach Westen um, und die Kirche ist gerettet. Das Feuer wählt an seiner statt andere Opfer. Rechts ist die alte Hansestadt vom Feuerfackel taghell erleuchtet, und weithin in die Umgebung steht man in Dörfern und Städten den Niefenbrand. Und man hört ein Donnern aus der Stadt, als sprächen Geschütze. Die Hamburger suchen der Feuerbrunst Dämme zu legen, indem sie große Häuser, ja ganze Häuserzüge sprengen. Die Kanoniere der Bürger-artillerie schleppen zentnerschwere Pulverladungen in die Häuser des Jungfernstieges. Viele Gebäude springen in die Luft, auch das Rathaus, aus dem man in aller Eile die wichtigsten Urkunden in die Michaelisstraße geschafft hat, geht so zugrunde. Allein, was auch geopfert wird, das Feuer überspringt die Dämme von Trümmern. Wieder dreht sich der Wind. Jetzt treibt er die Glut vom Jungfernstiege auf die Petriskirche zu. Am Morgen des dritten Brandtages sucht man durch neue Sprengungen das Feuer von ihr fern zu halten: Vergeblich — hoch durch die Luft fliegen Funken in das Holzwerk der Spitze, und gegen 10 Uhr abends erleuchtet sie als helle Niefenlöse die Nacht. Stärker und stärker wird der Wind; eine dritte Kirche, die zierliche gotische Gertrudenkapelle fällt den Flammen zum Opfer. Jetzt scheint die Wut der Flammen gefüllt; der Wind treibt sie der Alster zu, in deren Fluten sie erlöschen. Brands Ende, so heißt bis auf den heutigen Tag die Straße, da der Brand sein Ende nahm.

Drei Tage hat die Stadt in Flammen gestanden. Noch eine Woche später waren die Sprigen im Gange, um die letzten Brände zu löschen. Ueber 1200 Häuser waren verbrannt, über 20 000 Menschen, ein Ahtel der Bevölkerung, waren obdachlos, an die hundert Millionen Mark Wert waren durch das Feuer vernichtet. Die Kanoniere aber ließen den Mut nicht sinken. Schon am zweiten Tage des Brandes begann am neuen Jungfernstieg ein Hilfsbureau für die Abgebrannten zu sorgen. Reiche Hamburger waren die ersten, die sich der Notlage ihrer Mitbürger annahmen; alle deutschen Staaten halfen der schwer getroffenen Stadt. Selbst aus dem Auslande kam Hilfe. Für Speise, Trank und Kleidung sorgten zunächst die Nachbarorte; große Geldbeträge kamen von überall her zusammen, zunächst erbaute man Barackenstrahlen für die Obdachlosen, allmählich räumte man die Stätte der Verwüstung auf, dann ging man rüstig an den Wiederaufbau und im Laufe von einigen Jahren entstand aus der Asche ein neues Hamburg mit prächtigen Bauten und ragenden Türmen zwischen Elbe und Alster.

Notizen.

Das Reinhardt-Gastspiel wurde in Stockholm mit „Dihello“ und Strindbergs „Gespensersonate“ mit starkem Erfolge eröffnet.

Der König der Boheme ist mit Danny Bärter gestorben. Er hat sich selber dazu ernannt. Vor ein paar Jahren zog er mit großem Trara durch die Lande und wußte seine mannigfachen Talente in Kabarets an den Mann zu bringen. Er klopfte den Sprichern die Pelze aus. Heinrich Heine wollte er ganz allein ein Denkmal setzen — und die Arbeiter bedachte er mit Vorliebe. Dann wurde es plötzlich still mit ihm, er hatte inzwischen mit Irren-anstalten Bekanntschaft machen müssen — und nun ist der fahrende Sänger lang- und klanglos in Berlin dahingegangen — erst 41 Jahre alt.

Arbeiter.

8) Von Stijn Streubels.

Emma hatte schnell ihren Liebsten erkannt, und von Aufregung überwältigt, vergaß sie ihre Schüchternheit, steckte den Arm durch das Gitter, um zu winken, und rief mit freudiger Stimme seinen Namen: „Sarel!“

Ranse erkannte alle Männer; bei jedem neuen Gesicht, das sie in der Gruppe gewahrte, nannte sie im Stillen einen Namen, und dann suchte sie in der Gesellschaft weiter nach Jvo. In ihrer Aufregung und Ungebuld, ihn zu finden, hatte sie schon zweimal einen Mann angeschaut, der ihr fremd schien und doch bekannt, mit dem sie sich aber nicht zurecht finden konnte — er hatte einen draunen Bart und trug einen Schlapphut, dessen Krempe ihm über die Augen hing — sie hatte keine Zeit ihn näher zu betrachten, und suchte weiter in der Gesellschaft der Zurückgebliebenen. Aber als dieser Mann dem Pförtchen näher kam, durch das sie alle der Reihe nach mußten, um bei dem Beamten ihre Fahrkarte abzugeben, sah sie ihm in die Augen und hatte ihn im Augenblick erkannt.

„Da!“ rief sie, wie jemand, der plötzlich vor einer Erscheinung steht, die Enttäufung hervorrufft.

„Da, wie häßlich! Schau nur, Emma, id hab ihn nich' erkannt — er hat seinen Bart wachsen lassen!“ Und indem sie plötzlich wieder ihre Freude äußerte, weil auch er sie erkannt und ihr zugelächelt hatte, rief und winkte sie: „Gu'n Tag, Jvo! Willkommen! He, Jungsens, der Batter is da!“

Sie eilte vom Gitter weg, um rechtzeitig beim Pförtchen zu sein, aus dem die Männer herausquollen.

Dort, sogleich beim Herausstreten, war das Zusammentreffen. Die Begrüßung bestand aus einem glücklichen Lächeln, einem Gruß und einem kräftigen Händedruck. Bei diesen Leuten, denen nichts angeleert ist und die frischweg ihre Gefühle äußern, ist der Händedruck nicht zu einer alltäglichen Gewohnheit oder zum Mißbrauch einer Höflichkeitsform geworden, man tut es höchst selten und nur bei der Rückkehr nach langer Abwesenheit oder bei großen Lebensereignissen, wenn man tiefbewegt ist. Darum behält dieser Händedruck beim Wiedersehen alle Kraft des Ausdrucks, der Herzlichkeit und der Freude.

Andere verfeinerte oder erkünstelte Gefühlsäußerungen kamen hier bei der Begegnung ebensowenig zur Anwendung,

manchmal blieb man schon nach einem einzigen Wort wieder stecken — der bewundernde Blick sagte das übrige, wenn man keine Worte mehr fand; erst als die größte Bewegung gewichen war und man sich an den Anblick des Zurückgekehrten wieder gewöhnt hatte, brach die Sturzkut von Fragen und Mitteilungen los; andere benahmen sich vom ersten Augenblick an, als ob nichts geschehen sei, in dem Bewußtsein, daß man noch Zeit genug habe, das Versäumte einzuholen.

„Ich hab Dich nicht erkannt mit Deinem häßlichen Bart, Jvo, warum tuft Du das?“ sagte Ranse mit einem leisen Vorwurf in der Stimme.

Jvos brummende Antwort verlor sich in seinem dunkeln Bart.

„Wie geht's?“ fragte er. „Und die Jungsens?“

„Schau, hier!“ rief sie und zeigte ihm das Kindchen, das sie auf dem Arme trug.

„Et, 's is ja wahr,“ sagte Emma, „Du hast Dein Bübel noch gar nich' gesehn.“

„Aee, is es 'n Bübel?“

„Ein hübsches Kindchen, nich' wahr?“

„Is es gut abgelauten?“

„Gut! Ha, 's is schon längst vergessen. 'n tüchtiger Bursch, he?“

Die anderen Vuben sollten auch herankommen, aber sie standen schüchtern vor dem häßlichen Mann, der wie ein Räuber ausah — sie erkannten ihren Vater nicht mehr, und ganz zaghaft reichten sie ihm von weitem die Hand hin.

Jvo sah sich um, sein Name wurde gerufen. Es waren Männer, die Abschied nehmen wollten. Hier auf dem Bahnhofsplatze standen sie noch in einer Herde beisammen, mit Weibern und Vuben zwischen sich, aber nun mußten sie sich entschließen und auseinandergehen. Nach langem Sit- und Herrufen, Weigern und Zaudern willigte man endlich ein, den Abschiedstrunk in der Kneipe an der Ecke zu nehmen.

Den guten Trunk ihrer Heimat hatten sie in der Fremde lange entbehren müssen, und nun tat es ihnen doppelt wohl, die großen Pinten zu sehen und das kühle, schäumende Bier in vollen Zügen in die Kehle zu gießen. Die Weiber und Kinder mußten mittrinken, und mit breitem Schwung wurde das Geld auf die Schenkblätter oder auf den Marmor Tisch geworfen. Die Kneipe war von Leuten gefüllt, und es war ein Gelage wie bei der Kirmeß. Die aufgeregten Männer gerieten jetzt noch mehr in Feuer: jetzt waren sie wieder in ihrem Element, wieder bei ihren Bekannten und beim Bier! Aber neben diesem aufmunternden Gefühl war noch etwas anderes, und das wollten sie vertreiben, ertöten, über-

schreien — nicht mehr dran denken... Sie hatten sich so sehr nach dem Ende der schweren Arbeit gesehnt; sie hatten danach gesehnt, wie nach einer Erbsung, um wieder daheim zu sein, aber unbewußt war in ihrer rauhen Männerbrust das Gefühl der Gemeinsamkeit entstanden, und zeitweise bekam eine Empfindung die Oberhand, die ihr Gemüt mit Groll und Bedauern erfüllte — wenn sie nun von hier aus zurückdachten an die schwere Arbeit da drüben, erinnerten sie sich nur noch der Schönheiten davon, des Zusammenseins mit Bekannten im fremden Lande — der Brüderlichkeit der Arbeiter in der fremden Umgebung, wo sie durch die gleichen Interessen zusammengehalten wurden. Dann hatten sie zusammen die ganze Lustigkeit der weiten Reise genossen — das Lachen und Jubeln, das Singen und Anstoßen — es war die reine Kirmeß gewesen im Zuge... und wenn sie jetzt daran dachten, daß es vorbei war, daß sie scheiden mußten und jeder wieder auf sein eigenes Dorf ziehen würde, fühlten sie Groll und Trauer in sich aufsteigen. So lange sie beisammen gewesen waren, hatten sie nicht darauf geachtet, sie hatten zusammen über die Arbeit gesprochen, über ihre Tätigkeit zu Hause; während sie bei der Arbeit waren, dachten und taten sie alles gemeinsam, wie die Eroberer, die in dichter Schar zusammen für das gleiche Ziel kämpften: sich abradern, um einen großen Lohn zu erzielen und viel Geld nach Hause zu bringen. Sie erlangten das gemeinsame Gefühl des Stolzes und unermüdlicher Arbeitskraft — keiner wollte hinter dem anderen zurückbleiben... und so war allmählich und unbewußt die Freundschaft und die Zuneigung entstanden. Dieses gegenseitige Gefühl hatten sie nicht in schönen Worten oder durch zarte Umgangsformen geäußert; äußerlich waren sie rauh geblieben in ihrem Tun und ihrer Redeweise, aber sie nannten sich gegenseitig mit Spitznamen, und wenn ein Scheit- oder Schimpfswort oder eine Drohung fiel, war in dem Tone etwas beinahe Unmerkliches, das die Bedeutung des rauen Wortes milderte. Zur Verteidigung ihrer Interessen waren sie niemals gemeinsam aufgetreten — daran dachten sie nicht — alle waren sich einzeln der Kraft ihrer Arme bewußt — sie wußten, daß sie ihren Teil verrichteten, und wenn sie dann auch ihren Teil bekamen, war es genügend. Aber im übrigen waren sie sehr wohl bereit, etwas für einander zu tun, und es geschah zuweilen, daß der eine dem andern behilflich war, wenn es mit der Arbeit haperte; besonders aber gegen Fremde ertrugen sie nicht, daß auch nur die geringste verletzende Anspielung gegen einen Kameraden gemacht wurde. Das wurde im Augenblick handgreiflich gerügt. (Fortf. folgt.)

